

Dezember 2020
Das VPOD-Magazin erscheint 10-mal pro Jahr

Die Gewerkschaft

Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

VPOD



Ich krieg' die Krise!

Pandemie und Klimawandel – ein Dialog mit «Workers for Future»
Zurück im Pantoffelbüro: Was man über Homeoffice wissen muss



Zeitschrift «Frauenfragen» 2020: Digitalisierung und Geschlecht

Die Digitalisierung revolutioniert unsere Arbeitswelt mit Automatisierung, Home-Office, neuen Qualifikationsprofilen und Plattformarbeit. Was bedeutet dieser Wandel aus Geschlechterperspektive? Kann die Digitalisierung dazu beitragen, Ungleichheiten abzubauen? Das «Frauenfragen» 2020 bündelt die Debatten zum digitalen Wandel der Erwerbsarbeit aus Geschlechterperspektive.

Jetzt kostenlos bestellen: www.frauenkommission.ch
→ Publikationen → Fachzeitschrift «Frauenfragen»

Der VPOD-Taschenkalender bleibt rot. Jetzt für 2020 bestellen.



mit Termin-, Monatsplaner und Adressverzeichnis
mit Unfallversicherung (auf Wunsch)

- | | |
|---|----------------------|
| <input type="checkbox"/> mit Versicherung (gültig bis zum vollendeten 70. Altersjahr) | Fr. 18.35 inkl. MwSt |
| <input type="checkbox"/> ohne Versicherung | Fr. 8.65 inkl. MwSt |

Bestellung unter Angabe der gewünschten Version (mit/ohne Versicherung) und der Mitgliedsnummer an VPOD-Zentralsekretariat, Postfach, 8036 Zürich oder per Mail an patrizia.loggia@vpod-ssp.ch.

Ich will VPOD-Mitglied werden!

- Ich möchte dem VPOD beitreten.
- Ich interessiere mich für die Arbeit des VPOD und möchte mehr Informationen.

Vorname/Name: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Arbeitsort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Senden an: VPOD, Zentralsekretariat, Birmensdorferstrasse 67, Postfach, 8036 Zürich, oder mailen an: vpod@vpod-ssp.ch

Themen des Monats

- 5 Bist du geschützt?**
Eine VPOD-Covid-Checkliste für den Arbeitsplatz
- 6 Ernsthafte Engpässe**
Der SGB begrüsst die Ausweitung der Kurzarbeit und die Aufstockung des Härtefallfonds
- 7 Wir Systemrelevanten**
Die Pandemie fordert die VPOD-Branchen auf unterschiedliche Art heraus
- 8–9 Zurück im Pantoffelbüro**
Risiken und Nebenwirkungen im Homeoffice: SGB publiziert Analyse und Mustervertrag
- 10–11 AHV 21: «Zum Scheitern verurteilt»**
Probleme in der Altersvorsorge spitzen sich zu – SGB wehrt sich gegen Rentensenkungen
- 13–17 Dossier: Ich krieg' die Krise!**
Wie retten wir die Erde? Und die Menschheit? Eine Unterhaltung über Pandemie und Erderwärmung – und wie wir da wieder rauskommen
- 18–19 Ein «Fall Robert Grimm»?**
Hansjürg Zumsteins SRF-Dokfilm über die Ems-Chemie belastet eine SP-Ikone

Rubriken

- 4 Gewerkschaftsnachrichten**
- 12 Aus den Regionen und Sektionen**
- 20 Sunil Mann:** Die Stille danach
- 22 Wirtschaftslektion:** Her mit den Krankenkassenmilliarden
- 23 Wettbewerb:** Aussenarchitektinnen
- 24 VPOD aktuell**
- 25 Hier half der VPOD:** Abstandsregeln eingehalten
- 26 Solidar Suisse:** Kinder in Schuldknechtschaft
- 27 Menschen im VPOD:** Michael Jordi, Generalsekretär der Gesundheitsdirektorenkonferenz GDK, Bern

Redaktion/Administration:

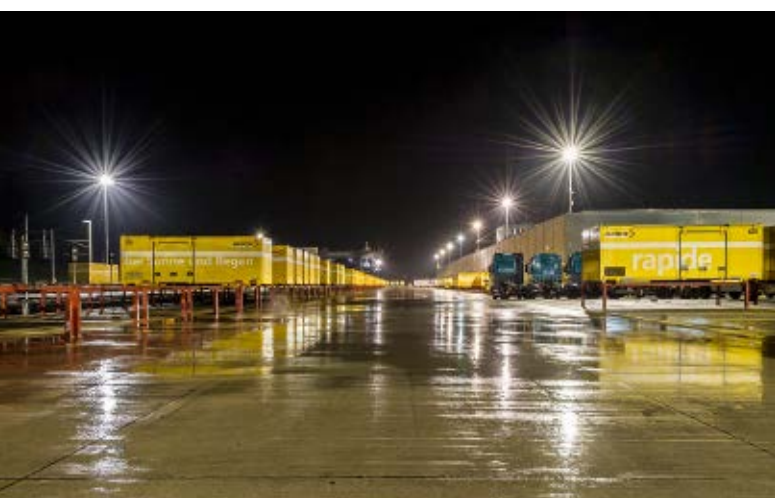
Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52, Telefax 044 266 52 53
Nr. 10, Dezember 2020
E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch
Erscheint 10-mal pro Jahr



Christoph Schlatter
ist Redaktor des VPOD-Magazins

Wahnsinn!

Na? Geht er jetzt? Räumt Trump das Weisse Haus doch noch freiwillig? Es wäre eine der wenigen erfreulichen Nachrichten dieses so gänzlich unerfreulichen Jahres. Hoffen wir mal, dass 2021 besser wird. Und unterhalten wir uns einstweilen mit wahnsinnig gewordenen Herrschern der Geschichte. Den Spaziergang beginnen wir im alten Rom. Caligula zum Beispiel wurde im Jahr 37 unserer Zeitrechnung Kaiser. Vier Jahre später ermordete ihn seine Prätorianergarde. Also seine eigene erweiterte Leibwache. Zwar bewertet die heutige Geschichtsschreibung Caligulas Wirken nicht durchwegs negativ. Aber dass er missliebige Senatoren hinrichten liess, trifft zu. Dass er für ehrgeizige Bauprojekte viel – zu viel – Geld ausgab, ebenfalls. Auch Caracalla neigte zur grossen Geste. Er beglückte das Volk mit der wahnsinnigsten Thermenanlage, die es in Rom jemals gegeben hatte. Auch er wurde umgebracht, und zwar am Wegesrand, als er vom Pferd gestiegen war, um das zu erledigen, was selbst ein Kaiser persönlich erledigen muss. Die Geschichte von Nero ist womöglich bekannter, enthält aber auch mehr nachweisliche Fake-News. Dass Nero im Jahr 64 die Stadt Rom eigenhändig angezündet habe, ist ebenso wenig wahr wie die Legende, er habe dem Brand von seinem Fenster aus ruhig zugeschaut und dabei zur Lyra selbstkomponierte Lieder gesäuselt. Richtig ist, dass auch Nero zunehmend autokratisch regierte, was als «Cäsarenwahnsinn» in der Forschung diskutiert, als Begriff aber neuerdings verworfen wird. Natürlich lässt sich posthum keine psychiatrische Diagnose mehr stellen. Karl der Wahnsinnige von Frankreich zum Beispiel: Möglich, dass er tatsächlich an einer bipolaren Störung litt. Für Johanna die Wahnsinnige wird Depression, Psychose oder Schizophrenie erwogen, aber für verrückt erklärt wurde sie aufgrund einer politischen Intrige. Wenn sie es vorher noch nicht war, wurde sie es mit Sicherheit in der jahrzehntelangen Isolation, in die man sie steckte. Überdimensionierte und/oder nutzlose Bauprojekte, die nicht fertig werden wollen, sind ein typisches Indiz für aus dem Ruder laufende Herrscherphantasien. Die Schlösser, die Ludwig II. von Bayern hinterliess, haben sich wenigstens später als Touri-Attraktionen ausgezahlt. Neuschwanstein! Wahnsinn! Aber auch sie wurden zeitgenössisch nicht von irgendwelchen Nachbarländern bezahlt, sondern aus der Staatsschatulle. Als sich diese bedrohlich leerte, wurde Ludwig für «seelengestört» erklärt, übrigens ohne persönliche Begutachtung, und entmündigt. Ob er auch ermordet wurde oder selbst den Tod im Würmsee (heute nobel: Starnberger See) suchte, ist bis heute umstritten. Ludwig II. war gewiss kein böser Mensch, nur als König fehl am Platz. Die mit der Abschaffung der Monarchie verbundene Hoffnung, dass fortan Fähigere regieren, hat sich aber nur partiell erfüllt.



Mehr grüne Ferien

Der erneuerte Gesamtarbeitsvertrag der grünen Branche bringt mehr Ferien: Neu haben alle Anspruch auf 25 Tage, ab 50. Altersjahr gibt es 30 Tage. Die Sozialpartner (Jardin Suisse auf Arbeitgeber-, Grüne Berufe Schweiz auf Arbeitnehmerseite) haben sich auch auf eine Anhebung der Mindestlöhne geeinigt. Der Vertrag gilt für Beschäftigte im Garten- und Landschaftsbau, in Baumschulen und bei Zierpflanzenproduzenten sowie für die Verkaufsgärtnereien, und zwar in der Deutschschweiz (ausser den beiden Basel und Schaffhausen) und für die kommenden 4 Jahre. | *pd*

SBB Cargo: Überstürzte Schliessung

Der SEV beklagt sich über die Schliessung des Depots Goldau. Diese sei überstürzt, kritisiert er. Noch Anfang Jahr hatte der damalige CEO von SBB Cargo, Nicolas Perrin, festgehalten, das Depot Goldau brauche es auch in Zukunft. Diese Aussage ist unter neuer Führung von SBB und SBB Cargo offenbar nichts mehr wert. In Arth-Goldau soll in Kürze – nämlich mit der durch den Ceneri-Basistunnel vervollständigten Neat – kein Halt mehr möglich sein, aus «betrieblichen» Gründen, wie SBB Cargo mitteilt. Daher werden per Ende 2022 dort 45 Lokführerstellen gestrichen (weitere 4 in Brig). Die betroffenen Lokführer setzen sich zur Wehr; sie wollen weder nach Basel noch nach Zürich wechseln, zumal viele von ihnen erst vor wenigen Jahren aus dem ehemaligen Cargo-Depot Erstfeld nach Goldau gekommen sind. Der SEV möchte die offenen Fragen an ei-

Ende Gelände? SBB Cargo schliesst das Depot Goldau.

Kapazitätsgrenze? Der Logistik droht der Festtagskollaps.

nem Runden Tisch klären. Mit Blick auf den eklatanten Mangel an Lokpersonal müsste die SBB zu konzilianteren Lösungen bereit sein.

| *slt/sev (Foto: Norbert Utz/Wikimedia CC)*

Baustellen: Grobe Missstände, kaum Kontrollen

Die Unia-Baupräsidenten-Konferenz schlägt Alarm: Auf Baustellen bestünden erhebliche Missstände bei den Corona-Schutzmassnahmen; vielerorts laufe der Betrieb, als ob es kein Corona gäbe. Aufgeführt werden: fehlende Distanz, zu wenig Masken, keine Quarantäne trotz positiv getesteter Arbeitskollegen. Kontrollen gebe es kaum – erst recht keine unangemeldeten. Vielerorts seien auch die sanitären Einrichtungen in bedenklichem Zustand. Unia und die Bauarbeiter verlangen, dass der Schutz konsequent eingehalten und kontrolliert wird. Für das Arbeiten mit Maske fordert die Unia zusätzliche Pausen von 10 Minuten alle 2 Stunden. | *unia/slt*

Der Logistik droht ein Kollaps

Die Gewerkschaft Syndicom ist besorgt über die Entwicklung in der Logistik. Die Angestellten der Post, von DHL, DPD und weiteren Unternehmen haben im Lockdown und im Slowdown einen Sondereffort geleistet – zum Wohl der ganzen Gesellschaft. Auf die Festtage hin droht nun ein zusätzlicher Peak, wenn Krisenpost und Weihnachtspost zusammenkommen. Syndicom appelliert an die Arbeitgeber, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die geltenden Schutzmassnahmen einzuhalten. Ansonsten drohe der Kollaps. Als Nadelöhr der Logistik hat Syndicom das begrenzte Sortiervolumen ausgemacht. Mehr als 1,6 Millionen Pakete am Tag können die hiesigen Sortiermaschinen nicht bewältigen. Die Folge sind Lieferungsverzögerungen, Überlastung und Frust. Syndicom ist überzeugt, dass dem strukturellen Wachstum im Paketmarkt nur mit langfristigen Investitionen ins Personal begegnet werden kann, nicht mit kurzfristiger Anstellung von Temporärkräften. | *syndicom/slt (Foto: Post)*

SSM fordert Schutz für Mobbingopfer

Jahrelanges Mobbing und sexuelle Belästigung – und die Direktion sowie die Personalverantwortlichen schauen weg: Die Zeitung *Le Temps* hat, sofern die Vorwürfe zutreffen, ein schockierendes Ausmass an mangelnder Verantwortung bei Radio Télévision Suisse (RTS) aufgedeckt. Das Syndikat Schweizer Medienschaffender SSM fordert seit Jahren einen SRG-weiten Schutz für Opfer von sexueller Belästigung und Mobbing. Die aktuellen Instrumente seien offensichtlich ungenügend; es brauche «eine professionelle und unabhängige Anlaufstelle, die das Vertrauen der Mitarbeitenden geniesst». Zudem sei eine lückenlose Aufklärung der Affäre erforderlich, bei welcher Anschuldigungen auch gegen ein ehemaliges Aushängeschild von RTS, den Téléjournal-Moderator Darius Rochebin, erhoben werden. | *ssm/vpod*

Eine VPOD-Checkliste für den Arbeitsplatz

Bist du geschützt?

Reicht der Schutz am Arbeitsplatz? Wird das Schutzkonzept ernstgenommen und umgesetzt?

Oder wird es gar aktiv unterlaufen? Passen die Massnahmen überhaupt zum Betrieb?

Der VPOD hat eine Checkliste mit Handlungsanleitung erstellt. | Text: VPOD (Foto: YesPhotographers/photocase.de)

- 1** Die Maskenpflicht in Innenräumen wird umgesetzt und eingehalten.
- 2** Die Distanz von 1,5 Metern wird von allen respektiert. Die Hygieneregeln sind klar und werden eingehalten.
- 3** Wo die Abstandsregeln aus betrieblichen/räumlichen Gründen nicht eingehalten werden können, gibt es andere Massnahmen gemäss den Richtlinien des BAG (zum Beispiel Trennwände, Homeoffice).
- 4** Es gibt im betrieblichen Schutzkonzept klare Angaben dazu, wie viele Personen sich maximal in Besprechungsräumen, Team- und Sitzungszimmern, Pausenräumen und Cafeterias usw. aufhalten dürfen. Und sie werden eingehalten.
- 5** Es bestehen ausreichende Informationen von seiten Geschäftsleitung oder Vorgesetzte zum Vorgehen beim Verdacht auf eine Infektion mit oder Erkrankung an Covid-19.
- 6** Es ist eine Person bezeichnet, die für die Umsetzung der Schutzmassnahmen verantwortlich ist. Und man weiss, wer das ist.
- 7** Die Quarantänebestimmungen werden konsequent umgesetzt. Alle Personen mit Covid-19-Symptomen oder einem positiven Covid-19-Test begeben sich in Isolation bzw. Quarantäne.
- 8** Die Lohnfortzahlung bei Quarantäne bzw. Isolation ist klar geregelt, auch für den Fall, wenn Kinder in Quarantäne versorgt werden müssen. Diese Informationen sind kommuniziert worden.
- 9** Falls es Schutzmaterial braucht, ist dieses ausreichend und in guter Qualität vorhanden und zugänglich.
- 10** Es gibt ein betriebliches Konzept zum Schutz von Schwangeren. Für den Arbeitsplatz jeder Schwangeren ist eine Einzelfallprüfung des Schutzkonzepts vorgenommen worden.

Sofern bei einem der 10 Punkte kein Kreuzchen gemacht werden konnte, besteht Handlungsbedarf. Arbeitnehmende müssen es nicht hinnehmen, dass der Arbeitgeber hier schludert. Was tun? Der VPOD empfiehlt, sich zunächst mit Kolleginnen und Kollegen auszutauschen: Erfahrungen vergleichen, Forderungen aufschreiben. Und mit diesen dann – mündlich oder schriftlich – zur Vorgesetzten/zum Arbeitgeber gehen. Werden keine Massnahmen eingeleitet, bleibt nur die Möglichkeit, das Arbeitsinspektorat sowie die Gewerkschaft zu informieren. Die VPOD-Regionalsekretariate kümmern sich drum.

Der SGB begrüsst die Ausweitung der Kurzarbeit und die Aufstockung des Härtefallfonds

Ernsthafte Engpässe

Die Corona-Krise hält die Schweiz im Klammergriff. Der SGB begrüsst die Stabilisierungsmassnahmen des Bundesrats, namentlich die Zulassung von Kurzarbeit auch für befristet Angestellte und den Ausbau des Härtefallfonds. Aber es braucht mehr. | Text: SGB

Die Lage vieler Berufstätiger in der Schweiz ist besorgniserregend. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu, insbesondere unter den älteren Arbeitnehmenden. Bei den von der Krise besonders gebeutelten Branchen, beispielsweise in der Geschäftshotellerie oder in der Maschinenindustrie, ist es derzeit nahezu aussichtslos, wieder eine Stelle zu finden. Daher ist alles willkommen, was hilft, die Härten der aktuellen Krise abzufedern, auch die jüngsten Massnahmen des Bundesrats. Diese reichen allerdings nicht aus.

Willkommener Kaufkraftimpuls

Geringverdienerinnen und Geringverdiener trifft es derzeit besonders hart. Sie sind häufiger in Kurzarbeit und werden häufiger arbeitslos. Haushalte mit einem Einkommen von weniger als 4000 Franken haben durch die Krise einen durchschnittlichen Einkommensverlust von 19 Prozent erlitten. Das

führt in vielen Familien direkt zu ernsthaften finanziellen Engpässen. Arbeitslosigkeit und Einkommensverluste schlagen sich unmittelbar auf den Konsum nieder, was auch die Lage in den bereits betroffenen Branchen weiter verschlimmert. Daher fordert der SGB eine Erhöhung der Kurzarbeitsentschädigung auf 100 Prozent für Geringverdienende. Diese würde nicht nur die Einkommensprobleme der Betroffenen lösen, sondern gäbe auch einen wichtigen Kaufkraftimpuls.

Dass der Bundesrat die Möglichkeit zur Kurzarbeit auf befristete Verträge ausgeweitet hat, ist insbesondere für Gastronomie und Hotellerie sowie für den Kulturbereich essenziell. Ähnliches gilt für die Aufstockung des Härtefallfonds von 400 Millionen auf 1 Milliarde Franken, von der ebenfalls die besonders betroffenen Branchen profitieren können. Es braucht jetzt eine rasche Ausarbeitung und Inkraftsetzung entsprechender Gesetze in jenen

Kantonen, die noch nicht soweit sind. Schliesslich muss der Staat auch eine Lösung für die Geschäftsmieten finden. Die Mieten sind neben den Personalkosten für viele Betriebe der grösste Kostenblock. Ohne Entschärfung in dieser Frage werden zahlreiche Firmen trotz Kurzarbeit in den Konkurs laufen.

Am besten sofort

Weiter bezeichnet der SGB die Ausschüttung der angestauten 5 Milliarden Franken an überschüssigen Krankenkassenreserven als überfällig. Diese Gelder müssen sowie so zurückerstattet werden – am besten also gleich (siehe auch Wirtschaftslektion, Seite 22). Weiter fordert der SGB eine frühere Inkraftsetzung der Überbrückungsleistung; das vorgesehene Datum 1. Juli 2021 ist zu spät und hat zur Folge, dass viele Arbeitslose die genau auf ihre Situation zugeschnittene Leistung dann doch nicht erhalten.

Existenzkrise im Luftverkehr

Die Corona-Krise trifft den Luftverkehr in massivster Form. Der internationale Personenverkehr ist quasi zum Erliegen gekommen, was beinahe alle Unternehmen im Luftverkehr in eine existenzielle Krise versetzt.

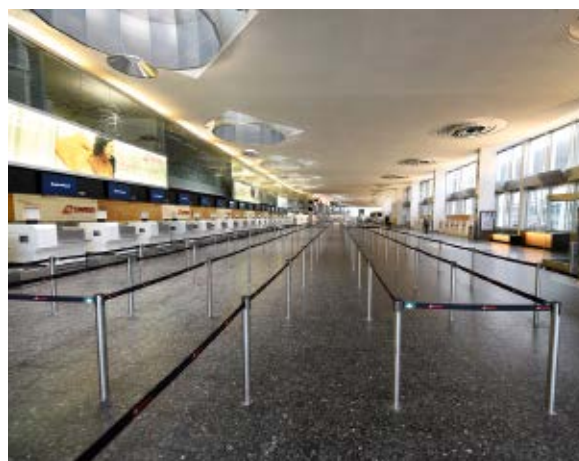
| Text: Stefan Brülisauer, VPOD-Sekretär Luftverkehr (Foto: Rafael_Wiedenmeier/iStock)

Die Arbeitsbedingungen und die Löhne kennen seit der Liberalisierung des Luftverkehrs in Europa im Jahr 1992 nur noch eine Richtung: nach unten. Europa wollte Wettbewerb im Luftverkehr schaffen, die Folgen davon sehen wir heute. Es ist ein Wettbewerb um die günstigsten Tarife auf Kosten der Arbeitnehmenden. Billig-Airlines drücken die Preise ins Bodenlose und dominieren so den Markt. Ihr Erfolgsrezept sind tiefe Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen.

Die Corona-Krise befeuert die negativen Aspekte dieses dysfunktionalen Marktes zusätzlich. Das führt dazu, dass Unternehmen mit einer Sozialpartnerschaft und mehr oder weniger anständigen Arbeitsbedingungen immer stärker unter Druck geraten. So auch an den Flughäfen von

Zürich, Basel und Genf. Die Corona-Krise verschärft den Lohndruck und die Prekarisierung nochmals massiv.

Der VPOD muss aktuell in diversen Unternehmen im Luftverkehr harte Neuverhandlungen von Gesamtarbeitsverträgen führen, in denen wir alles daran setzen, die Arbeitsbedingungen zu verteidigen. Es braucht nun aber dringend Regulierungen – eine Verpflichtung zur Sozialpartnerschaft für alle Unternehmen im Luftverkehr. Nur so kann die Abwärtsspirale noch aufgehalten werden.



Grosse Leere am Flughafen Zürich – und im Geldbeutel der Beschäftigten.

Die Pandemie fordert die VPOD-Branchen auf unterschiedliche Art und Weise heraus

Wir Systemrelevanten

Die von Covid-19 verursachten Probleme stellen sich in den einzelnen VPOD-Branchen auf unterschiedliche Art. Längst ist die Krise nicht ausgestanden. Jetzt werden aber langsam die finanziellen und psychischen Schäden sichtbar, die sie verursacht. | Text: VPOD (Foto: SolStock/iStock)

Während im Gegensatz zur ersten Welle heute praktisch überall genügend Schutzmaterial vorhanden ist, richtet die Corona-Krise auch jetzt, im Herbst und Winter, weiter grosse Verwerfungen zwischen den Branchen und innerhalb derselben an. Plötzlich gibt es an einem Ort zu viel, woanders oder zu einem anderen Zeitpunkt zu wenig Arbeit, was auch zu Ausfällen in der Finanzierung führt. Jahresarbeitszeitmodelle, die beispielsweise im Sozialbereich verbreitet sind, wirken extrem arbeitnehmerfeindlich. So sind viele Beschäftigte im Frühling durch das ganze oder teilweise Herunterfahren der Angebote ins Stundenminus geraten. Jetzt sollen sie diesen erzwungenen Rückstand durch Überstunden kompensieren – und viele werden trotz des Efforts Ende Jahr auf einem negativen Stundensaldo sitzenbleiben.

Bildung geschieht im Austausch: Viele VPOD-Berufe stecken in der Zwickmühle.



Ein dringender Appell

Ein in vielen Branchen zunehmendes Problem ist der Personalmangel: Bei so hohen Fallzahlen wie im November sitzen andauernd Mitarbeitende in Quarantäne oder Isolation; die Gesundgebliebenen müssen dann diese Ausfälle auffangen und drohen sich dabei ebenfalls zu verausgaben. Das vom VPOD mitgegründete Bündnis Gesundheit fordert aus diesem Grund von der Politik ein bedingungsloses Bekenntnis dazu, die Berufsgruppen «an der Front» zu schützen. Ein dringender Appell verlangt vom Bundesrat ein systematisches Monitoring des Gesundheitspersonals. Auf keinen Fall darf, wie im Frühling geschehen, das Arbeitsrecht teilweise ausser Kraft gesetzt werden. Vielmehr müssen die Arbeitsbedingungen so ausgestaltet werden, dass auch die zweite und womöglich eine dritte Pandemiewelle bewältigt werden können.

Das erfordert auch finanzielle Massnahmen. Überall dort, wo fallkostenbasierte oder subjektbezogene Abgeltungen erfolgen, muss die öffentliche Hand Löcher stopfen, weil sonst die Einrichtungen auf Defiziten sitzen-

bleiben. Diese Problematik besteht auch im öffentlichen Nahverkehr: Die coronabedingt verminderte Nachfrage hat für die Unternehmen zu erheblichen Einkommensverlusten geführt – und erfordert jetzt den Rückgriff auf gesetzliche Reserven, ehe eine Ersatzfinanzierung durch die öffentliche Hand möglich wird. Immerhin haben die meisten Betriebe erkannt, dass man das Betriebsrisiko nicht via Stundensaldo auf die Mitarbeitenden abschieben kann. Logistische Massnahmen haben sich bereits vielerorts durchgesetzt, etwa der Schutz des Fahrerarbeitsplatzes durch Einbau einer Scheibe. Ebenso laufen Bestrebungen für den bargeldlosen Billettbezug und die weitere Förderung der digitalen Verkaufskanäle.

VPOD «bi de Lüt»

«Systemrelevant» – das bedeutet auch, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht einfach von zuhause aus arbeiten können. Ob zu Patientin, Klient, Schülerin, Azubi oder Fahrgast: Auch der Mindestabstand kann nicht in jeder Situation eingehalten werden. Typisch

ist, dass sich die Beschäftigten in einer ethischen Zwickmühle vorfinden. Lehrpersonen etwa sehen eine erneute Schliessung der Primarschulen nur als allerletzten Schritt, weil sie wissen, dass die schwächeren Kinder mit jedem Unterbruch noch stärker abgehängt werden. Betreuerinnen in Heimen beobachten, wie Besuchsverbote oder Kontakteinschränkungen die Befindlichkeit von Klientinnen und Bewohnern massiv negativ beeinflussen. Selbst auf der Ebene der Hochschulen und Universitäten erachtet der VPOD den Präsenzunterricht als «einzige Art und Weise, eine echte Bildung zu gewährleisten», auch wenn er Anfang November den Entscheid zum flächendeckenden Fernunterricht ebenfalls guthiess. Sorgen macht man sich dabei auch um die Zukunft des wissenschaftlichen Mittelbaus, der oft mit prekären befristeten Verträgen angestellt ist. Zumindest braucht es per sofort eine unbürokratische ausserordentliche Vertragsverlängerung für den akademischen Nachwuchs. Und sobald wie möglich wieder eine kontrollierte Rückkehr in die jeweiligen Institute.

Risiken und Nebenwirkungen im Homeoffice: SGB publiziert Analyse und Mustervertrag

Zurück im Pantoffelbüro

Da sind wir wieder: Die zweite Corona-Welle zwingt einen Grossteil der Beschäftigten zurück ins Homeoffice. Das hilft bei der Pandemiebekämpfung. Es gibt aber auch Risiken und Nebenwirkungen. Der SGB hat sie analysiert.

| Text: SGB/VPOD (Fotos: AJ_Watt und PixelCatchers/iStockphoto)

Das geltende Recht einhalten

Die Gesetzgebung zur Arbeit gilt ortsunabhängig. Insbesondere den folgenden Pflichten muss der Arbeitgeber auch im Homeoffice nachkommen:

- Der Arbeitsplatz muss ergonomisch so ausgestaltet sein, dass die Gesundheit der Mitarbeitenden erhalten bleibt.
- Die Arbeitszeit muss erfasst werden; es braucht klare Zeitpläne.
- Nacht- und Sonntagsarbeit bleiben verboten; Pausen- und Höchstarbeitszeiten sind einzuhalten.
- Was die Beschäftigten über die Erwerbsarbeit hinaus tun, darf nicht überwacht werden.
- Beim verordneten Homeoffice zur Pandemiebekämpfung obliegen den Arbeitgebern zudem in allen Fällen die folgenden Verpflichtungen:
 - Bereitstellung der Ausrüstung oder Entschädigung für die Benutzung privater Ausrüstung.
 - Rückerstattung von Kosten, die direkt mit der Aktivität zusammenhängen, und Beteiligung an den Kosten für Energie, Telekommunikation usw.

Zwar genießt Homeoffice breite Akzeptanz, gerade bei Pendlerinnen und Pendlern. Aber Überwachung, die Vermischung von Privat- und Berufsleben und andere psychosoziale Risiken – Vereinsamung, sinkende Kreativität, fehlende Karrierechancen – sind ebenso eine Realität. Auch beim Homeoffice bestehen Interessengegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmenden. Deutlich wird das an einer vom Arbeitgeberverband publizierten Mustervereinbarung, die schlicht widerrechtlich ist. Denn darin werden obligatorische Arbeitgeberpflichten einfach ignoriert. So sollen die Beschäftigten für Material und Geräte selbst zahlen, selbst wenn sie nicht freiwillig im Homeoffice sind. Alle Kosten und das Unternehmensrisiko würden so auf die Angestellten überwälzt.

Knifflige Unterscheidung

In arbeitsrechtlicher Hinsicht stellt sich zunächst die Frage, ob Homeoffice überhaupt vom Arbeitgeber einseitig angeordnet werden darf. Eigentlich nicht. Aber unter Pandemiebedingungen sieht das anders aus: Im Pandemiefall kann Homeoffice gegen den Willen der Arbeitnehmerin befohlen werden.

Der epidemiologische Nutzen der Massnahme ist eindeutig: Im öffentlichen Verkehr ist mehr Luft, in den Betrieben kommt man sich nicht mehr nahe, und das reduziert auch die Gefahr, dass ganze Teams wegen einer einzelnen Infektion durch Quarantäne lahmgelegt werden.

Arbeitszeiten – und auch gesetzliche Ruhezeiten – gelten selbstverständlich auch im Homeoffice fort. Nacht- und Sonntagsarbeit sind ohne entsprechende Bewilli-

gung auch hier verboten. Auch die betriebliche Unfallversicherung gilt weiter; genauso wie alle anderen Sozialversicherungen ist sie nicht an den Arbeitsort gebunden. Allenfalls kann die Unterscheidung zwischen Berufs- und Nichtberufsunfall knifflig sein: Wenn ich mich beim Hantieren in der Küche verbrühe oder vom Klapprtritt falle: War das jetzt in der Arbeitspause (Berufsunfall) oder nach Betriebschluss (Nichtberufsunfall)?

Grosse Risiken bringt das Homeoffice hinsichtlich des Datenschutzes und der Datensicherheit – und zwar in beide Richtungen. So kann es sein, dass Familienangehörige Firmen- bzw. Personendaten einsehen, die nicht für ihre Augen bestimmt sind. Die Pflicht, das zu verhindern, liegt bei den Arbeitnehmenden. Auch die Übertragung aus dem Heim- ins Firmennetz bietet Angriffsflächen für Unberechtigte. Umgekehrt muss, zumal wenn auf privaten Geräten gearbeitet wird, sichergestellt sein, dass Unbefugte nicht das private Fotoalbum durchblättern können.

Überwachungsgelüste steigen

Die bisherigen Erfahrungen mit Homeoffice zeigen, dass die Überwachungsgelüste auf Seiten des Arbeitgebers mit Homeoffice exponentiell steigen. Insbesondere werden vermehrt technische Überwachungsmittel eingesetzt, die nicht nur die Leistungsqualität kontrollieren, sondern auch das Verhalten, was aber verboten ist. Denn solche Eingriffe sind im Homeoffice viel gravierender als am Arbeitsplatz. Dort kann man sich dem Zugriff des Arbeitgebers entziehen, indem man den Ort verlässt. Späht der Arbeitgeber aber in meinen eigenen vier Wänden herum, habe ich keine Rückzugsmöglichkeit.

Grundsätzlich muss der Arbeitgeber die Arbeitnehmerin mit allen Geräten und allem Material ausstatten, die zur Verrichtung der Arbeit notwendig sind. Dazu gehören das übliche Büromaterial, die Infrastruktur (Computer, Maus, Drucker) und die Arbeits-

Viele Arbeitnehmende schätzen das Homeoffice...



platzeinrichtung (Pult, Stuhl). Wenn private Infrastruktur oder Einrichtung genutzt wird, muss es dafür eine angemessene Entschädigung geben. Komplizierter ist die Kostenfrage, wenn es um Spesen und Auslagen geht, also Softwarelizenzen oder Kosten für Telekommunikation und Energie. Klar ist, dass der Arbeitgeber voll ersatzpflichtig ist, wenn er gar keinen Büroarbeitsplatz (mehr) vorhält. Wenn die Arbeitnehmerin auf eigenen Wunsch zuhause arbeitet, hilft ihr die Schweizer Rechtsprechung allerdings wenig; der Arbeitgeber kann dann die Kostenübernahme verweigern – und das Homeoffice wird zur attraktiven Sparmassnahme.

Kreuzweh in der Arbeitsecke

In der Corona-Krise wird Homeoffice aufgrund einer behördlichen Empfehlung geleistet, was letztlich gleichbedeutend mit «Anordnung durch den Arbeitgeber» ist. Dann ist der volle Entschädigungsanspruch gegeben. Der Arbeitgeber kann sich den Pflichten zu einer ergonomischen Einrichtung des Homeoffice oder zur Bereitstellung von Geräten und Material auch nicht durch Abreden oder Verträge entziehen. Gerade die Ergonomie ist ein heikler Punkt. Denn die Zusammenhänge zwischen körperlichen Beschwerden und der Arbeit am Bildschirm sind inzwischen durch viele Studien belegt. In den meisten Haushalten hat man zwar irgendeine mit Computer ausgestattete Arbeitsecke, aber das alles entspricht nur selten den ergonomischen Min-



... und unterschätzen die damit zusammenhängenden Gefahren.

destanforderungen – also: genügend grosser Tisch, höhenverstellbarer Stuhl, ausreichend Bewegungsraum, gute Beleuchtung, Sicht ins Freie. Auch der Bildschirm braucht eine der Arbeit entsprechende Grösse: Wer lediglich Texte tippt, kommt mit einem kleineren Screen aus als jemand, der komplexe Layout- oder Designarbeiten macht.

Und wer kontrolliert? Der Bundesrat anerkennt zwar grundsätzlich, dass die Bestimmungen des Obligationenrechts, des Arbeitsgesetzes und des Bundesgesetzes über die Unfallverhütung auf die Homeoffice-Arbeit anwendbar sind. Dies treffe aber nicht auf die Kontrolle zu. Auch die Arbeitsinspektio-

rate können nicht nachschauen, weil sie für die Privatwohnung kein Zutrittsrecht haben. Daher ist es besonders wichtig, dass der Arbeitgeber die Arbeitnehmenden vor Antritt des Homeoffice detailliert auf die Gefahren für die Gesundheit aufmerksam macht und aufzeigt, wie man sich davor schützen kann. Denkbar ist, dass man in GAV den paritätischen Kommissionen und Organen eine solche Kontrollfunktion zuweist. Überhaupt ist der GAV für den privatrechtlichen Bereich der Königsweg für die Regulierung von Homeoffice. Auch der Mustervertrag des SGB (www.sgb.ch) soll helfen, die Arbeitnehmerinteressen auch im Homeoffice zu wahren.

Unverzichtbare Kaffeepause

Für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und für viele Tätigkeiten spielt der informelle Austausch eine wichtige Rolle. Eine Diskussion in der Bürotür, ein Schwatz in der Kaffeepause bedeuten nicht nur Entspannung, sondern bringen oft auch inhaltliche Impulse. Für das Wohlbefinden der meisten sind sie unverzichtbar; Arbeitszufriedenheit entsteht hauptsächlich durch soziale Unterstützung, Anerkennung, Wertschätzung. Im Homeoffice droht dieser wesentliche Teil der Arbeit wegzubrechen. Und auch die Verbundenheit mit dem Unternehmen und dem Team leidet. Daher haben einige Arbeitgeber, die bereits vor der Corona-Krise Homeoffice anboten, mehrere Monate Betriebspräsenz zur Voraussetzung für die Telearbeit gemacht.

Auch die Beschneidung von Karriereoptionen im Homeoffice ist ein kritischer Punkt: Wer lange

oder dauerhaft von zuhause aus arbeitet, droht in Vergessenheit zu geraten – auch dann, wenn Boni oder Beförderungen anstehen.

Ökonomieprofessor Bruno S. Frey betont (NZZ vom 18.11.) die Bedeutung des Beiläufigen ebenfalls: «Die informellen Treffen vor und nach der Geschäftszeit, aber auch beim Kaffee und bei anderen Gelegenheiten, schaffen Spontanität, die im digitalen Raum nicht besteht. Vermeintlich unwichtige Nebenaspekte der beruflichen Tätigkeit werden bei persönlichen Gesprächen viel eher diskutiert.» Frey ist überzeugt, dass solche Gespräche keineswegs Zeitverschwendung darstellen; vielmehr steigern sie sogar die Produktivität. Der SGB sieht es ähnlich: Ein paar Tage im Homeoffice mögen hilfreich sein, aber es braucht dann auch wieder die Anwesenheit vor Ort. Wo dies aus Pandemiegründen derzeit gar nicht möglich ist,

müssen Austauschplattformen (virtuelle Kaffeepausen u. ä.) geschaffen und genutzt werden.

Als psychohygienisch gefährlich erachtet der SGB den Ansatz, Homeoffice mit einer besseren Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben gleichzusetzen. Die Betreuung (kleiner) Kinder harmoniert auf Dauer nicht mit der Erwerbstätigkeit. Dazu kommt, dass die flexible Arbeitszeit am Ende den Arbeitnehmenden mehr schadet als nützt: Sie sind es, die jederzeit mit einer leistungsabrufenden Kontaktnahme rechnen müssen. So werden die Phasen vertiefter Entspannung und Erholung verkürzt oder gar abgeschafft. Die Aufhebung der klaren Grenze bewirkt das Gefühl, dass der Arbeitgeber das Leben umfassend kontrolliert. Die fremdbestimmte Zerstückelung jeder Ruhe-, Denk- und Tätigkeitsphase kann Störungen und Krankheiten hervorrufen oder verstärken. **!sgb/vpod**

Probleme in der Altersvorsorge spitzen sich zu – SGB wehrt sich gegen Rentensenkungen

AHV 21: «Zum Scheitern verurteilt»

In der zweiten Säule werden die Rentenaussichten immer schlechter. In der ersten gibt es aus Sicht des SGB daher keinen Spielraum für Verschlechterungen – zumal für die Frauen. SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard sieht die Altersvorsorge am Scheideweg (siehe Kasten rechte Seite). | Text: VPOD (Foto: Jürg Müller/Keystone)



Fanal 11. AHV-Revision: Die Altersvorsorge muss Frauenbiografien besser berücksichtigen (im Bild: alt Bundesrätin Ruth Dreifuss).

in der Altersvorsorge wie die Rentensituation der Frauen nicht und ist damit zum Scheitern verurteilt.»

Ein Drittel Frauen ohne PK-Rente

Die Lücke bei den Frauenrenten beträgt rund einen Drittel. Die Hälfte aller Frauen, die 2018 in Rente gingen, muss mit weniger als 1754 Franken AHV-Rente pro Monat auskommen. Dazu kommt zwar ergänzend die Rente aus der Pensionskasse. Doch noch immer erhält fast ein Drittel der Frauen, die heute pensioniert werden, keine Rente aus der zweiten Säule. Und auch dort, wo eine Pensionskassenrente ausgerichtet wird, ist diese im Mittel etwa halb so hoch wie bei Männern, hat Medici ermittelt. In typischen Frauenbranchen sind Pensionskassenrenten zwischen 500 und 800 Franken im Monat üblich.

Vor diesem Hintergrund beklagt Gabriela Medici, dass auch die zuständige Kommission des Ständerats an der Erhöhung des Frauenrentenalters festhalten will: «Damit verlangt sie, dass ausgerechnet jene, die bereits heute unter einer ungenügenden Absicherung lei-

Frauen erhalten in der Schweiz noch immer rund einen Drittel weniger Rente als Männer. Für Gabriela Medici, Zentralsekretärin des SGB, steht daher fest: Alle Reformen der Altersvorsorge müssen eine klare Verbesse-

rung der Frauenrenten zur Folge haben. Was unter dem Stichwort «AHV 21» vorgesehen ist, erfüllt dieses Kriterium nicht. Medici an der SGB-Medienkonferenz: «Diese Abbaureform berücksichtigt die realen Probleme

BVG-Sozialpartnerkompromiss: Gewerkschaften erfreut

Die Arbeitnehmerdachorganisationen SGB und Travail Suisse sowie das gewerkschaftliche PK-Netz begrüßen, dass der Bundesrat den Sozialpartnerkompromiss für die zweite Säule im Kern übernimmt. Das Modell kombiniert leistungs- und beitragsseitige Massnahmen: Der Mindestumwandlungssatz wird von heute 6,8 auf 6 Prozent gesenkt, die daraus resultierende Verminderung der Renten soll aber ausgeglichen werden, namentlich durch einen via Lohnprozente finanzierten Rentenzuschlag. Das von der AHV bekannte Umlageverfahren hat schon bisher auch in der zweiten Säule gewirkt, da aktuelle Renten nicht finanziert sind und man dafür Geld bei den Aktiven holen muss. Zunächst soll eine Übergangsgeneration in den Genuss dieses Zuschlags kom-

men, die ersten 5 Jahrgänge nach Inkraftsetzung im Umfang von 200 Franken pro Monat, weitere je 5 Jahrgänge mit 150 bzw. 100 Franken.

Es ist dieser Mechanismus, an dem sich die Arbeitgeberseite spaltet. Der Arbeitgeberverband trägt den Kompromiss mit; andere Organisationen stehen abseits. Auf Seite der Arbeitnehmerverbände ist die Zustimmung einhellig. Der SGB sieht den Kompromiss als mehrheitsfähig an: Er sorge «umgehend für eine bessere Rentensituation von Erwerbstätigen mit niedrigen Einkommen». Auch das PK-Netz lobt die Vorlage, die auf der bewährten Fähigkeit zum Kompromiss basiert, wie sie in den 1500 Stiftungsräten landauf landab gelebt werde. Das PK-Netz erinnert an die politische Realität, in welcher «die Senkung des



Freude herrscht, denn eine gut austarierte BVG-Vorlage ist in der Pipeline.

Umwandlungssatzes ohne Kompensation an der Urne schlichtweg chancenlos ist». Vor leichtfertigem Aufschüren des Pakets wird daher gewarnt. | vpod (Foto: REHvolution.de/photocase.de)

den, einschneidende Kürzungen schultern: die Frauen.» Gemäss SGB-Berechnungen verlieren die Frauen (unter der Voraussetzung, dass sie mit 64 in Rente gehen) jährlich rund 1200 Franken. Bis ans Lebensende macht das 28500 Franken. Selbst für jene, die während den 9 Jahren nach Inkrafttreten der Reform in Rente gehen und damit von Abfederungsmassnahmen profitieren, resultieren unter «AHV 21» schmerzliche Rentenverluste. Selbst die Frauen mit den geringsten Einkommen erleben eine Verschlechterung um bis zu 30 Franken pro Monat, obwohl in der bundesrätlichen Botschaft suggeriert wird, ihnen droht keine Einbussen.

Fast alle verlieren

Gabriela Medici ging auch auf jene Frauen ein, die bereits heute bis 65 arbeiten – sehr bewusst und entweder, um die AHV-Rente aufzubessern, oder weil ihre Pensionskasse das Frauenrentenalter auf 65 erhöht hat (rund ein Drittel der Pensionskassen hat das getan). Auch für sie gäbe es eine Rentenkürzung

von fast 100 Franken monatlich, wie Medici hervorhebt. Die vorgeschlagene Abfederung (derzeit rechnet die Bundesverwaltung auf Wunsch der Ständeratskommission weitere Varianten durch) würde nur 25000 Frauen jährlich zugutekommen, die maximale Rentenerhöhung erhielten lediglich 700 Frauen. «Für sie bedeutet der Vorschlag des Bundesrats im Vergleich zum Status quo eine Verbesserung von knapp 70 Franken pro Monat. Alle anderen Frauen müssten mit tieferen Renten durchkommen.» Für Frauen mit tiefen Einkommen wären es bis zu 62 Franken weniger, für jene mit höheren bis zu 123 Franken weniger AHV-Rente pro Monat.

Ein Vergleich mit vergangenen Revisionsbemühungen zeigt, wie schwach die vorgesehenen Kompensationen sind. Nur in der 11. AHV-Revision waren noch geringere Ausgleichsmassnahmen vorgesehen als im jetzigen Bundesratsvorschlag. Die Referendumsunterschriften gegen dieses Ansinnen waren damals in einem langen Wochenende beisammen; an der Urne gab es eine komfor-

table Zweidrittelmehrheit gegen eine solche Revision.

Problem Altersarmut

Altersarmut ist auch in der Schweiz ein Problem, und die Frauen sind davon stärker betroffen als die Männer. Die Bundesverfassung, die verlangt, dass die AHV-Renten die Existenz sichern, bleibt weiterhin unerfüllt. Doppelt so viele Frauen wie Männer beziehen Ergänzungsleistungen zur AHV – 140000 an der Zahl. Die Tendenz ist bei beiden Geschlechtern stark steigend, aber bei den Frauen noch ausgeprägter (Zuwachs im letzten Jahr bei den Frauen um 5,7 Prozent, bei den Männern um 4,5 Prozent). Besonders geschiedene und verwitwete Frauen sind auf EL angewiesen, um überhaupt über die Runden zu kommen. Fazit Medici: «Angesichts dieser Ausgangslage und der schwierigen Rentensituation der Frauen ist für den SGB klar, dass eine AHV-Reform nur gelingen kann, wenn sie die Probleme der Frauen adressiert und auch deutliche Fortschritte bringt.»

Altersvorsorge am Scheideweg: Prosperität oder Abbau?

Wenn wir jetzt nicht handeln, werden die Renten bald nicht mehr ausreichen für ein anständiges Leben im Alter. Die Gewerkschaften warnen schon lange vor dem Zerfall der Pensionskassenrenten. Inzwischen sagen es selbst die Banken und Versicherungen. Allerdings: Was sie als Lösungsvorschläge präsentieren, ist vor allem für sie selber lukrativ und nur für eine Minderheit von Besserverdienenden attraktiv. Für mittlere Einkommen oder gar für teilzeitarbeitende Mütter und Väter sind ihre Konzepte unbezahlbar. Die Mehrheit der Arbeitnehmenden wird mit den sinkenden Pensionskassenrenten und der nicht existenzsichernden AHV nicht mehr genügend Rente haben. Und damit drohen wir wieder in die Zeiten zurückzufallen, in denen Altersarmut der Normalfall war.

Die verheerende Abbaulogik in der Altersvorsorge wird vom Parlament mit der «AHV 21» weiter akzentuiert. Trotz miserablen Frauenrenten sollen ausgerechnet die Frauen eine Rentensenkung in Kauf nehmen. Diesen Affront werden wir bekämpfen und uns für eine bessere Absicherung für die Frauen engagieren.

Die historische Krise der zweiten Säule führt zu einem flächendeckenden Kaufkraftverlust. Wir zahlen immer höhere Beiträge für immer tiefere Renten. Und diese Entwicklung wird weitergehen. Die

technokratischen Automatismen in den Pensionskassen senken den technischen Zins Jahr für Jahr. Mit dramatischen Folgen für die Rentenhöhe. Sind die Renditen auf den Altersguthaben der Arbeitnehmenden geringer als das Lohnwachstum, so lohnt es sich, die Renten aus den Lohnbeiträgen direkt zu zahlen – im Umlageverfahren wie bei der AHV. Das Zinsniveau ist historisch tief und über Jahrzehnte mit Negativzinsen belastet. Die Zinsen für sichere Bundesobligationen sind negativ. Ohne nennenswertes Risiko ist auf den Kapitalmärkten nicht mehr viel zu holen. Pensionskassenexperten prognostizieren, dass das düstere Bild über viele Jahre hinweg anhält. In dieser Situation ist das Umlageverfahren überlegen. Wer das ignoriert, fährt unsere Altersvorsorge gegen die Wand.

In Krisenzeiten eine Deflationslogik zu verfolgen, ist nicht nur für die Betroffenen verheerend, sondern volkswirtschaftlich verantwortungslos. Während die Reserven der Nationalbank SNB übertoll sind, werden Frauen mit tiefen Renten noch mehr unter Druck gesetzt. Hier müssen wir ansetzen: Die Schweizerische Nationalbank muss einen Teil ihrer Gewinne in die AHV ausschütten. Erinnern wir uns, dass die SNB eine Bilanz von 850 Milliarden Franken sowie 84 Milliarden Reserven für zukünftige Gewinnausschüttungen hat. Dieses Geld ist verfassungsrechtlich den Kantonen und

dem Bund geschuldet. Und es reicht aus, um die AHV zu unterstützen, anstatt mitten in der Krise eine Schwächung der Renten zu planen. Dies ist eine vernünftige und pragmatische Option.

Die Abbaulogik sinkender Einkommen führt in eine düstere Rezession. Wir brauchen keinen Abbau, sondern Prosperität und eine Perspektive für alle. Auf das Problem der Rentenhöhe haben wir verschiedene Antworten. Die beste ist der Ausbau der AHV. Mit der AHV gibt es für die meisten Leute im Land am meisten Rente für ihr Geld. Weil die Arbeitgeber und der Bund mitbezahlen. Weil die Topverdienenden die Renten der Normalverdienenden mitfinanzieren. Und weil es auch für Erziehungs- und Betreuungsarbeit Rente gibt. Das ist für die Rentensituation der Frauen entscheidend. Für unsere Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente haben wir trotz Corona-Einschränkungen und Unterbruch bis heute rund 60000 Unterschriften gesammelt. Mit diesem konkreten Fortschritt können wir das Rentenproblem für einen grossen Teil der Bevölkerung entschärfen. | Pierre-Yves Maillard, SGB-Präsident





Altersheim in Lugano: «Sauerstoff» gefordert.

Pflegende in Lausanne: Warnung vor Burnout.



muss auch das nötige Geld bereitgestellt werden. Der VPOD hatte bereits 2019 Verbesserungen angemahnt, die jetzt noch dringlicher geworden sind. Insbesondere muss der Personalschlüssel angepasst werden, damit nicht Administrativpersonal zu den betreuenden Ressourcen gezählt werden kann. Die Heime bräuchten dringend «Sauerstoff», schreibt der VPOD. | *slt* (Foto: Davide Agosta/Keystone)

Waadt: Spitalpersonal nicht überbeanspruchen

Vor den Verhandlungen im Gesundheitssektor des Kantons Waadt hat der VPOD Waadt das Terrain abgesteckt. Die Beschäftigten in den Spitälern und Heimen, namentlich im CHUV, seien längst an der Belastungsgrenze angelangt. Für den VPOD steht daher eine bessere Personalausstattung im Vordergrund. Mit einem 14. Monatslohn sollen die ausserordentlichen Leistungen des Personals im Frühling und im Herbst gewürdigt werden. Für den Bereich der subventionierten Einrichtungen verlangt der VPOD eine staatliche Defizitgarantie; die Corona-Krise hat in diesem Bereich auch finanziell schwere Schäden angerichtet. | *vpod* (Foto: Jean-Christophe Bott/Keystone)

Pensionskasse Freiburg wird saniert

Trotz des Widerstands des VPOD, der eine grosszügigere Lösung gewünscht hätte, ist die Vorlage zur Reform der Pensionskasse für das Freiburger Staatspersonal unter Dach und Fach. Das Stimmvolk hat sich mit fast 70 Prozent Ja-Stimmen für die Sanierungsvorlage entschieden. Sie bedeutet eine Umstellung vom Leistungs- auf das Beitragsprimat (verbunden mit höheren Beiträgen für Arbeitnehmende und Arbeitgeber) sowie eine Erhöhung des Referenzalters von 62 auf 64 Jahre. Für die Abfederung dieser Massnahmen und eine Begrenzung der Renteneinbussen stellen Kanton und Gemeinden 380 Millionen Franken zur Verfügung. | *slt*

Bern: Ein völlig verkehrtes Signal

Der VPOD Bern wehrt sich gegen das Ansinnen, dem Personal in den Pflegeheimen mit einer Nullrunde für die überdurchschnittlichen Leistungen in der Corona-Krise zu «danken». Der Voranschlag hatte ursprünglich noch ein minimales Lohnwachstum von 0,7 Prozent für die subventionierten Betriebe vorgesehen. Für den VPOD ist es eine Ernüchterung, dass die Mehrheit der Finanzkommission das Budget in diesem Punkt korrigiert hat. | *vpod*

Tessin: SOS-Ruf des Heimpersonals

Mit einem offenen Brief an den Regierungsrat schlägt der VPOD Tessin Alarm: Die mittels Dienstleistungsvertrag staatlich garantierte Finanzierung der Altersheime war schon vor der Krise ungenügend; jetzt wird sie zur Bedrohung. Regelmässige Lohnmassnahmen sind für die Attraktivität als Arbeitgeber unabdingbar, aber dafür

Schaffhausen zahlt Corona-Prämie

Das Schaffhauser Parlament hat beschlossen, die ausserordentliche Leistung des Spitalpersonals in der Corona-Krise mit einer Prämie anzuerkennen. Eine halbe Million Franken steht dafür zur Verfügung; wie sie verteilt wird, bleibt dem Kantonsspital überlassen. Der VPOD erachtet die Zahlung als wichtiges Signal, möchte sie aber auf die Beschäftigten in anderen Schaffhauser Gesundheitsinstitutionen ausweiten. Gleichzeitig hofft der VPOD natürlich auf Nachahmung in anderen Kantonen. | *vpod*

Basel: Flexible Kinderbetreuung gefordert

Mittels Petition verlangt die VPOD-Gruppe am Universitätsspital Basel die Einrichtung einer flexiblen Kinderbetreuung an den Spitälern der beiden Halbkantone. Der ohnehin vorhandene Personalmangel hat sich während der zweiten Pandemiewelle nochmals verschärft; Quarantäne und Isolation führen zu zusätzlichen Ausfällen. Viele Eltern und Alleinerziehende in Teilzeitstellen könnten ihr Pensum ausbauen und mit für Entlastung sorgen, wenn entsprechende niederschwellige Angebote zur Kinderbetreuung bestünden. | *vpod*

Aargau: Nullrunde verärgert Staatspersonal

Die Konferenz der Aargauer Staatspersonalverbände KASPV, der auch der VPOD angehört, ist enttäuscht von der Nullrunde, die der Grosse Rat dem Staatspersonal verordnet hat. Der Entscheid vergrössert den Nachholbedarf, auch mit Blick auf die umliegenden Kantone. Umso mehr müssten die Lohnrückstände dann «in guten Zeiten» angegangen werden, verlangt die KASPV. | *vpod*

Wie retten wir die Erde? Und die Menschheit? Eine Unterhaltung über Pandemie und Erderwärmung – und wie wir da wieder rauskommen

«Schritt für Schritt!» «Keine Zeit!»

Corona hat das Klima aus den Schlagzeilen verdrängt. Aber natürlich muss die Menschheit beide Probleme lösen. Das VPOD-Magazin hat mit einem Aktivisten von «Workers for Future» (per Mail) erörtert, wie das geschehen könnte. Was verbindet die Klimajugend mit den Gewerkschaften (und was trennt uns)? | (Illustrationen: Cornelia Diethelm)

Christoph Schlatter: Ich finde diese Corona-Krise ja ziemlich arg. Aber ich stelle mir vor, dass es für euch Junge noch schlimmer ist. Alles, was man als junger Mensch gerne tut – tanzen, feiern, Leute kennenlernen, sich austauschen, reisen – ist eingeschränkt oder ganz verboten. Oder gewinnst du dem auch etwas Gutes ab, klimatechnisch? Immerhin ist der Flugverkehr auf einen Bruchteil des vorherigen Ausmasses reduziert.

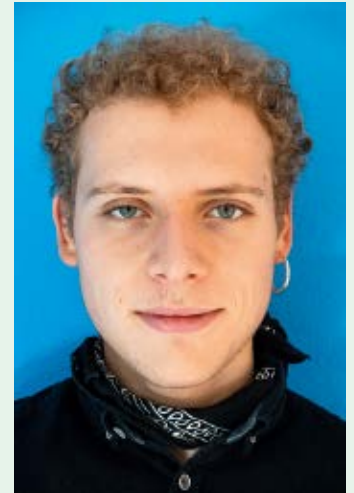
Tiziano de Luca: Ja, die Krise ist schlimm, auch für mich ganz persönlich. Doch eine Grenze zwischen Jung und Alt würde ich so nicht ziehen. Der Klimastreik versucht momentan sehr stark, von diesem Generationen-Gegensatz wegzukommen. Deshalb hat er auch ein Projekt wie den «Strike for Future» lanciert. Denn diejenigen, welche unter der Krise am meisten leiden und ihre Existenzgrundlage verlieren, eint ja nicht ihr Alter, sondern vielmehr ihre soziale und finanzielle Stellung in der Gesellschaft. Krisen sind auch Chancen, gesellschaftliche Prozesse und Mechanismen zu hinterfragen. Aber die Pandemie als sol-

che würde ich auch klimatechnisch auf keinen Fall positiv be-



Christoph Schlatter, 54, ist Historiker und betreut als Redaktor das VPOD-Magazin.

Tiziano de Luca, 20, ist bei «Workers for Future» aktiv, daneben Velokurier und «eigentlich» auch noch Jusstudent.



werten. Im Gegenteil: Wenn Milliardenhilfen an die Swiss fließen, zeigt sich doch, dass die Klimakrise noch nicht ernstgenommen wird, und das Gefühl, dass wir von fossilen Energien und der momentanen profitorientierten Wirtschaftsordnung abhängen, wird verstärkt.

Du sprichst von Chancen. Aber für unsere Vorhaben als Service-public-Gewerkschaft sind es eher zusätzliche Hindernisse. Klar, das Gesundheitspersonal erlebt Sympathiebekundungen, von denen es sich allerdings nichts kaufen kann. Klar, man hat gesehen, wie wichtig gut funktionierende öffentliche Dienstleistungen sind. Aber wenn ich unseren Finanzminister Ueli Maurer höre, sieht er die Antwort vor allem in einer Senkung der Staatsausgaben und der Steuern. Man werde noch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte an den Corona-Schulden kauen, und drum müsse man jetzt sparen und die Firmen steuerlich entlasten...

«Die Pandemie zeigt, dass ein privatisiertes Gesundheitswesen nicht funktioniert.»

Ich glaube, die Hindernisse von denen du sprichst, bauen sich nicht neu auf. Die waren schon vorher da. Privatisierung war beispielsweise schon immer ein Problem bezüglich

Arbeitsbedingungen und Umweltschutz. Doch erst jetzt zeigt sich in vollem Ausmass, dass ein privates Gesundheitswesen nicht funktioniert. Doch vor allem zeigt sich, dass wir als Gesellschaft den Pfleger_innen mehr schulden, dass sie mitentscheiden müssen, was für Massnahmen notwendig sind, dass sie mehr Lohn bekommen müssen usw. Dafür kämpfen wir auch, aber genau das passiert nicht. Die jetzigen Covid-19-Schutzmassnahmen ändern nichts an den grundlegenden Bedingungen, unter denen wir leben oder arbeiten. Zuerst wird in der Pflege das Arbeitsrecht ausser Kraft gesetzt, die Leute auf dem Bau werden zum Arbeiten gezwungen, und in der Kultur fordert mensch von selbständigen Künstler_innen Kreativität, um zu überleben. Im Anschluss will Ueli Maurer sparen.

Ich würde für die Schweiz zwar nicht von einem «privatisierten Gesundheitswesen» spre-

chen – wir sind irgendwo im Zwischenreich zwischen staatlich und privat. Aber korrekt: Jene Länder, die weit gegangen sind mit der Privatisierung ihrer Spitäler, die waren mit Corona besonders stark überfordert. Grossbritannien oder Italien zum Beispiel. Dort starben jedenfalls in der ersten Welle überproportional viele an Covid-19. In einem öffentlichen Gesundheitswesen ist wohl mehr Luft. Aber auch nicht beliebig: Man kann ja nicht unendlich Intensivbetten vorrätig halten, die man einmal pro Jahrhundert braucht. Insofern glaube ich, dass die Corona-Krise eine ist, mit der jegliches System überfordert wäre.

Eine Pandemie ist in jedem System eine Pandemie, das ist klar. Ich denke aber, dass eine Gesellschaft, welche auf Solidarität und Gemeinschaft aufbaut, imstande wäre, eine solche Krise speditiver und nachhaltiger zu meistern. Aber statt Solidarität ist für unsere heutige Wirtschaft der gegenteilige Begriff massgeblich: Konkurrenz.

Das ist viel verlangt: eine Gesellschaft, die auf Solidarität und Gemeinschaft aufbaut. Die unterschiedlichen Einzelinteressen verschwinden dadurch ja nicht – sie müssen irgendwie auf den Tisch und verhandelt werden. Jede und jeder jammert auf dem jeweiligen Niveau. Solidarität ist ein grosses Wort und sicher auch eine grosse Kraft. Aber auch etwas vom Schwierigsten. Weil sich da recht bald die Frage stellt: Wen schliesst sie ein, wen aus? Wer gehört dazu? Weltweit gesehen sind wir alle hier in der Schweiz die Krösusse, die Abzocker, die, die auf Kosten und zu Lasten anderer leben.



«Solidarität ist ein grosses Wort – und eine grosse Kraft. Aber auch etwas vom Schwierigsten!»

Aber um erst mal dahin zu gelangen, finde ich den Begriff der Klasse, der im Zuge des Neoliberalismus aus unseren Köpfen verschwunden ist, sehr geeignet. Er hilft uns, das Konzept der Solidarität besser zu verstehen. Mir geht es dabei um die Masse von Menschen, die in verschiedenen Bereichen unterdrückt sind und die Arbeit für ein System leisten, das ihnen just so viel gibt, dass sie weiter (re)produzieren können. Es wird ihnen fast unmöglich gemacht, sich dem zu entziehen. So ist es bewiesen, dass es in der Schweiz für Kinder aus ärmeren, bildungsfernen Familien viel schwieriger ist, ein Studium zu machen, als für solche aus besseren Verhältnissen. Die globale Perspektive in diesem Kontext zu sehen, ist sicher notwendig. Aber das widerspricht dem Gesagten nicht. Im globalen Verhältnis geht es den Schweizer_innen sehr gut, doch auch hier leben Menschen am Existenzminimum.

Damit du mich nicht falsch verstehst: Ich finde das Konzept der Klasse auch immer noch brauchbar. Die einen haben das Geld, und die anderen müssen sich eben verkaufen. Beziehungsweise ihre

Arbeitskraft. Aber im Vergleich zu den Zuständen in Manchester Mitte des 19. Jahrhunderts, als Engels «Die Lage der arbeitenden Klasse in England» schrieb, hat sich doch einiges verändert. Bildung zum Beispiel ist ja auch eine Art von Kapital. Und du hast zwar recht, dass

Die Abwägung von Einzelinteressen wäre nicht so schwierig, wenn wir faire, gleiche Löhne hätten, wenn wir ein Bewusstsein besässen für rassistische und sexistische Mechanismen.



auch dieses nicht fair verteilt ist, auch bei uns nicht. Trotzdem: Sie bietet Chancen für viele. Das Konzept der Klasse erklärt vieles, aber es erklärt keineswegs allein die weltweiten Unterschiede in den Lebenschancen.

Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auf. 0,1 Prozent der Weltbevölkerung kontrollieren über 80 Prozent des weltweiten Finanzvermögens. Solidarität bedeutet, sich innerhalb der Klasse gegenseitig zu unterstützen und so eine Stimme zu erlangen. Im globalen Kontext heisst das: Wir müssen die Menschen unterstützen, welche von der Klimakrise am direktesten betroffen sind, deren Kämpfe mittragen und in einer möglichen Form auch hier in der Schweiz, im «Herzen des Systems», weiterführen.

Und wie willst du das bewerkstelligen? Sobald eine Unbequemlichkeit auftritt oder eine Einschränkung, sind die Leute bei uns schon nicht mehr so fortschrittlich wie bei den letzten Wahlen... Ich will wie du mehr Demokratie in der Wirtschaft. Die grossen Internetkonzerne wie Google oder Amazon gehören enteignet und verstaatlicht. Aber wie schaffen wir das, wenn eine Elizabeth Warren mit dieser Programmatik null Chancen auf das US-Präsidentenamt hat? Und wie schaffen wir es, die Erde zu retten, ohne dass diejenigen, die entsprechende Massnahmen durchsetzen, wieder abgewählt werden?

Die Covid-19-Krise wird in einigen Jahren hoffentlich überwunden sein. Bei der Klimakrise wird das so nicht passieren. Wenn Kippunkte einmal erreicht sind, sind die klimatischen Folgen kaum mehr zu begrenzen. Diese Krise ist also tiefgreifender als Corona, wird mehr Menschenleben kosten und mehr Menschen ihrer Existenzgrundlagen berauben. Doch die Massnahmen, welche zur Bewältigung der Klimakrise ergriffen werden, funktionieren gleich wie jene in der Covid-19-Pandemie. Das heisst: Sie funktionieren eben nicht! Die Erhaltung der momentanen

Wirtschaftsform steht an erster Stelle, und die Leute, welche am stärksten von der Krise betroffen sind, werden unzureichend geschützt oder sogar zusätzlich belastet.

Ich hoffe auch, dass wir in ein, zwei Jahren dieses Virus hinter uns haben (lieber schon vorher). Ich teile die Ansicht, dass die Klimakrise eine andere Dimension hat. Und ja: Die Folgen, die Opfer sind auch bei dieser Krise sehr ungerecht verteilt. Aber auch die ökologischen Probleme werden wir aus meiner Sicht nicht bewältigen, indem wir uns zivilisatorisch retour bewegen. Weltweite Vernetzung und Mobilität sind nicht rückgängig zu machen, und eine Rückkehr in die Steinzeit ist auch nicht so verlockend. Vielmehr brauchen wir intelligente Lösungen. Technologie statt Verzicht. Dem Virus machen wir mit einer Impfung den Garaus. Und für die Mobilität finden wir auch eine schlaue Lösung.

Ich will nicht zurück zum Jagen und Sammeln, und ich glaube ebenfalls, dass die Technologie uns viel ermöglichen kann. Vielleicht werden wir irgendwann klimaneutral fliegen? Momentan aber funktioniert das noch nicht. In meinen Augen ist es darum grobfahrlässig, auf Technologie zu hoffen. Das missachtet die Dringlichkeit der Klimakrise. Und ist dir schon mal aufgefallen: In einem profitorientierten System führt jede neue Technologie zu noch mehr Produktion. Es bleibt dabei, dass unbegrenztes Wachstum in einer Welt der begrenzten Ressourcen nicht möglich ist.

Aber dass das Fliegen wieder, wie in den 1960er Jahren, nur noch für Reiche wäre, das kann's ja auch nicht sein. Ebenso wenig, dass wir alle in dem Dorf hocken bleiben, in dem wir geboren sind. Mit freiwilliger Einschränkung scheint es auch nicht zu gehen. Demokratisch Regeln zu erlassen, das dauert, siehe CO₂-Gesetz.

Was also schwebt dir vor? Eine Ökodiktatur?

Das neue CO₂-Gesetz zeigt wunderbar auf, wieso ich auf Paradigmenwechsel, auf Basisdemokratie und Mitbestimmung als Mittel gegen die Klimakrise setze. Das CO₂-Gesetz ist nämlich erstens ungenügend und zweitens asozial. Es wird Netto-Null 2030 bei Weitem verfehlen, und es bestraft Mieterinnen oder Menschen, die nicht gut ans ÖV-Netz angeschlossen sind. Die Politik ist offensichtlich nicht in der Lage, angemessen auf die Krise zu reagieren. Aber wie demokratisch ist dieses System überhaupt? Wie viele Leute wie du und ich haben bei diesem Gesetz mitgewirkt? Wie viel Geld haben Grosskonzerne in Lobbying investiert? Und wie viele Menschen, die von der Klimakrise direkt und stark betroffen sind, können hier nicht abstimmen, weil sie keinen Schweizer Pass besitzen? Richtig: Ökofaschismus ist keine Option! Es bleibt also nur der Weg der wirklichen Basisdemokratie, der Organisation im Quartier, der Organisation der Arbeiter_innen und des ökonomischen Drucks.

«Basisdemokratie» ist ein schönes Wort – aber unsere direkte Demokratie kommt dem von allen Systemen am nächsten – nicht perfekt, klar, erst seit Kurzem mit den Frauen und weiterhin unter Ausschluss des Viertels der Bevölkerung ohne den roten Pass. Und doch kannst du auch in einem inklusiven basisdemokratischen System wie dem VPOD die gleiche Erfahrung machen: Demokratie ist eine mühsame Sache, die unendlich Zeit und Nerven kostet. Partikularinteressen spielen hinein. Die Solidarität wird teilweise arg strapaziert



bis missbraucht. Das kann man noch unter Nerven abbuchen, die es kostet. Aber es braucht auch Zeit – und Zeit haben wir ja keine mehr.

Im Klimastreik sind wir auch basisdemokratisch organisiert. Und wir haben das bis jetzt in meinen Augen nicht schlecht gemeistert. Ich sage ja nicht, dass Demokratie einfach ist, gerade weil wir gezwungenermassen in den Rastern denken, in denen wir momentan leben. Um diese Probleme zu lösen, müssen wir gleiche Bedingungen für alle schaffen. Dann würde ein Grossteil der Partikularinteressen, die momentan bestimmend sind, wegfallen.

Aber ist das CO₂-Gesetz denn nicht das Resultat von demokratischen Entscheidungen? Viel Geld im Spiel, allerdings für die Schlaunen auch auf der grünen Seite (all die Solaranlagen, Isolationen...). Jedenfalls geht es vorwärts. Zu langsam, zugegeben. Ja, wir müssen mehr tun. Aber wenn wir das CO₂-Gesetz ablehnen, dann verlieren wir grad wieder 5 oder 10 dieser kostbaren Jahre. Mitbestimmung auf allen Ebenen? Das haben auch die Gelbwesten in Frankreich verlangt, aber sie wollten, dass das Benzin nicht teurer wird.

Ich bringe grosses Verständnis für die Gelbwesten auf. Der Klimaschutz, den Macron betreiben wollte, ist gleich wie derjenige im CO₂-Gesetz unsozial. Die ganze Debatte zum CO₂-Gesetz steht eigentlich sinnbildlich für die Profitorientiertheit und die damit verknüpfte Ignoranz gegenüber der Arbei-

«Basisdemokratie? Wir vom Klimastreik haben das bisher nicht so schlecht hinbekommen.»



ter_innenklasse und der Erde. Ich habe das Vertrauen in unsere aktuelle Politik verloren. Von der rechten Seite aus wird die Klimakrise geleugnet und das Gesetz als solches bekämpft. Von der linken Seite aus werden Vorschläge erarbeitet, welche wissenschaftlich gesehen ungenügend sind und auch noch die sozial Schwächeren belasten. Es werden zwei Schienen gefahren: Einerseits wird für eine Verhinderung der Krise plä-

Ist das nicht zu einfach? Zu sagen: Es ist keine Demokratie, solange sie nicht so entscheidet, wie ich es für richtig halte? Du sprichst von Organisation im Quartier, Organisation der Arbeitnehmenden: Heisst das Rätorepublik? Willst du den Reichen das Stimmrecht entziehen? Ein umgekehrtes Zensuswahlrecht? Das Prinzip «1 (erwachsener) Mensch = 1 Stimme» aufweichen? Ist das dann noch demokratisch legitimiert? Setzen sich nicht einfach die Lautesten durch? Für mich ist die Lehre aus all den Experimenten mit dem realexistierenden Sozialismus von Lenin bis Maduro: Hinter die Errungenschaften der bürgerlichen Revolution dürfen wir nicht mehr zurückfallen. Also ich möchte nicht unbedingt von einem selbsternannten Quartierrat regiert werden. Und ich sehe vor allem nicht, wie der Quartierrat Zürich-Wiedikon die Menschheitsprobleme löst.

Ich stimme mit dir überein, dass wir die Prinzipien der Demokratie nicht aufweichen dürfen. Doch unsere Schweizer Demokratie tut eben genau dies. Wer hat eine Stimme im Parlament? Wer kann seine Meinung von Plakatwänden herab verbreiten? Setzen sich nicht bei uns eben gerade die Lautesten durch?

Oder die Reichsten? Ich denke nicht, dass die Demokratie in der Schweiz die demokratischen Grundprinzipien verinnerlicht hat. Sie kann das gar nicht tun; Partikularinteressen überwiegen, und die Unterschiede in der Gesellschaft sind zu massiv. Klar doch: Der Quartierrat Zürich-Wiedikon wird die globalen Probleme kaum lösen. Ein demokratisch gewählter Betriebsrat bei Glencore hätte dagegen einiges an Einfluss. Daher ist doch auch gewerkschaftliche Arbeit so wichtig, oder?

«Mit Diskussionen in den parlamentarischen Parteien wird der herrschende Diskurs nicht gebrochen.»

Aber wir müssen doch auch eingestehen, dass es inzwischen ein Jahrhundert misslingender Versuche gibt, die klassenlose Gesellschaft umzusetzen.

Ein interessanter Fakt zum angeblichen Versagen jeglicher Versuche, eine klassenlose Gesellschaft zu erreichen: Heute wird der HDI (Human Development Index) benutzt, um den Wohlstand und die Entwicklung in verschiedenen Ländern zu messen und zu vergleichen. Auf dieser Liste belegt die Schweiz Rang 2, Kuba Rang 72. Der SDI (Sustainable Development Index) berücksichtigt neben Dingen wie Lebenserwartung, Schulbildung und Einkommen auch CO₂-Emissionen. Auf dieser Liste belegt Kuba Rang 1, die Schweiz Rang 151.

Traue keinem Index, den du nicht selber gefälscht hast! Nochmals zu Corona: Wir kommen aus dieser Scheisse am ehesten raus mit einer Impfung. Aber dafür ist tatsächlich eine Pharmaindustrie nötig, welche die Mittel und Einrichtungen hat, das alles zu erforschen. Klar, das muss nicht unbedingt eine private Pharmaindustrie sein, die einzig auf den Profit einzelner ausgerichtet ist. Aber ich bin mir ehrlich gesagt auch nicht so sicher, ob die Aussicht auf viel Geld nicht doch auch ein wichtiger Treiber jetzt bei dieser Impfstoffentwicklung ist. Zumindest das scheint mir sicher: All die Güter und Dienstleistungen, die es benötigt, die Pandemie und auch die Klimakrise zu meistern, die müssen von irgendwem produziert oder erbracht werden.

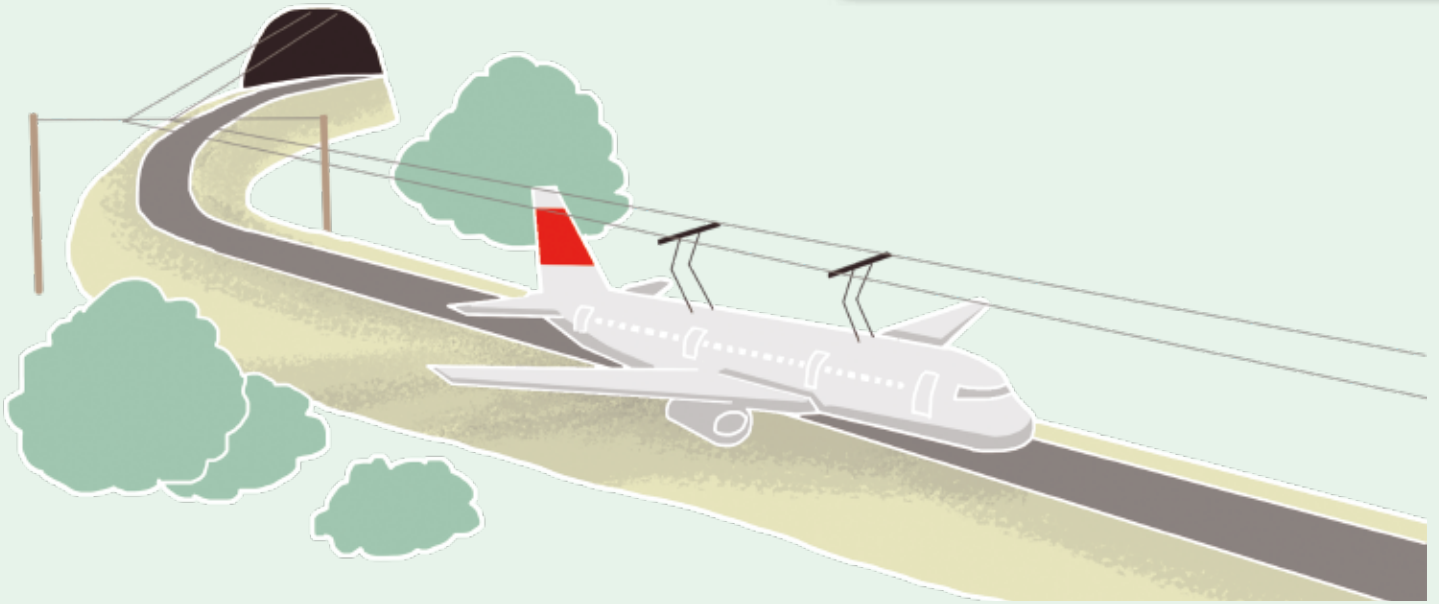
Nun, da hast du natürlich recht, wir brauchen Forschung und Industrie. Aber das ist nicht mit «der Wirtschaft» als solcher gleichzusetzen. Keine Frage: Profit ist sicher bei der Forschung nach dem Impfstoff ein starker Impuls. Doch muss das zwingend so sein? Denkst du nicht, dass auch der Anreiz, Millionen Menschenleben zu retten, ein grosser Treiber sein könnte?

Vielleicht hast du recht. Insofern jedenfalls, als es unsere einzige Chance ist, Mechanismen zu finden, welche die Partikularinteressen zurückdrängen zugunsten jener der Mehrheit. Aber das muss eben geschehen, ohne dass dabei Minderheiten unter die Räder kommen, wie es in allen bisherigen Systemen, die das versucht haben, leider passiert ist. Darum finde ich – aber ich bin Mitte 50, und vielleicht macht das den Unterschied? –, dass es vielleicht gar nicht so hilfreich ist, vom

«Ich möchte nicht vom selbsternannten Quartierrat Wiedikon regiert werden. Und ob der dann die globalen Krisen bewältigt?»



diert, die Arbeitenden aber ausgeblendet und damit direkt benachteiligt, oder die Krise wird ausgeblendet und damit direkt den Arbeitenden vor den Kopf oder vor die Füsse geworfen. Diesen herrschenden Diskurs gilt es zu brechen: Aus dem bürgerlichen und neoliberalen Lager heraus wird er aber sicher nicht gebrochen werden, und auch nicht in den Diskussionen unserer parlamentarischen Parteien. Ich will einer künftigen Generation in einer brennenden Welt nicht erklären müssen, dass ich für ein Gesetz gestimmt habe, das nichts gebracht hat – ausser die Menschen im Glauben zu wiegen, sie hätten jetzt genug fürs Klima getan.



Ideal einer vollständig gerechten Gesellschaft auszugehen. Sondern dass nichts übrigbleibt, als sich in kleineren und grösseren Etappen in die richtige Richtung zu bewegen. Motto: «Drei Schritte vor und zwei zurück.» Ich habe auch eine gewisse Skepsis, ob der strapazierte Begriff der Solidarität uns wirklich weiterhilft. Ich weiss zum Beispiel sehr gut, dass es anderen viel schlechter geht als mir. Trotzdem sind mir dann halt meine Nächsten am nächsten und meine Liebsten am liebsten. Was mir zwar vielleicht ein schlechtes Gewissen macht und mich für Solidar spenden lässt. Aber das Problem nicht wirklich löst.

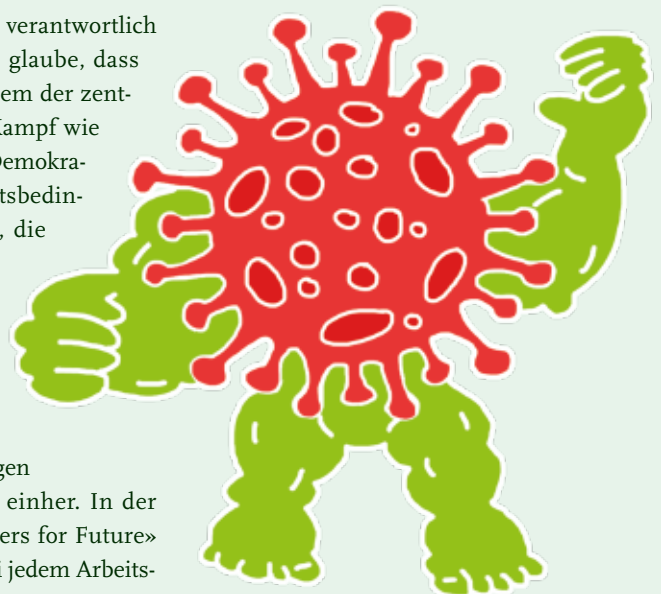
Wenn die Arbeiter_innenklasse nicht mehr von morgens bis spät in der Nacht in der Fabrik arbeitet, wird auch der Solidaritätsbegriff ein anderer. Wenn wir das Konzept der Klasse global verstehen wollen, müssen wir dies ebenso mit der Solidarität tun. Wenn du dich mit dem Konzept der Klasse im Hinterkopf fragst, wogegen die Menschen ankämpfen, denen es «noch viel schlechter geht als dir», findest du Dinge, die dich, deine Nächsten und diese Menschen einen. Dann ist es auch möglich, Kämpfe solidarisch miteinander zu fechten. Wenn wir etwas verändern wollen, ist es eine unserer Hauptaufgaben, Alternativen zu präsentieren. Daher halte ich auch an meinem Ideal fest. Die Politik der kleinen Schritte ist nun einmal nicht mit der Klimakrise zu vereinbaren.

«Unsere Gewerkschaftsmitglieder haben teilweise ja sehr materielle und durchaus egoistische Interessen.»

Was erwartet oder erhofft ihr euch von uns? Wir haben im VPOD versucht, die Klimathematik branchenspezifisch durchzudeklinieren. Ausser dass allenfalls der Luftverkehr als Ganzes in Frage gestellt wird, ist nicht so viel dabei herausgekommen. Wie siehst du denn die Zusammenarbeit zwischen Klimabewegung oder konkreter, zwischen «Workers for Future» und den bestehenden Gewerkschaften? Wir organisieren viele Leute – das ist zweifellos interessant. Aber diese Leute haben dann im Einzelfall auch wieder sehr materielle und sehr egoistische Interessen. In welchem Tempo der Umbau vor sich gehen soll, darüber gibt es auch bei uns sehr unterschiedliche Ansichten.

Unser Wirtschaftssystem ist verantwortlich für die Klimakrise. Und ich glaube, dass der Kampf gegen dieses System der zentrale ist. Das ist der gleiche Kampf wie euer gewerkschaftlicher für Demokratisierung und bessere Arbeitsbedingungen. Die Mechanismen, die wir angehen müssen, sind die gleichen, auch wenn die Zusammenhänge nicht immer offensichtlich sind. Beispiel Privatisierung: Meist gehen da schlechtere Arbeitsbedingungen mit weniger Umweltschutz einher. In der bisherigen Arbeit bei «Workers for Future» hat sich gezeigt, dass an quasi jedem Arbeits-

platz Forderungen nach mehr Klimaschutz gestellt werden können. Spitäler: Werden sie zentralisiert, gibt es wegen der längeren Transportwege negative Einflüsse aufs Klima. Den Diskurs zur Klimakrise und möglichen Massnahmen in den einzelnen Branchen führen, Gruppen in der Gewerkschaft und am Arbeitsplatz bilden, welche sich mit der Klimakrise befassen, die Forderungen nach Klimaschutz und besseren Arbeitsbedingungen miteinander verknüpfen und sich mit Aktionen oder einem Streik für beides gleichzeitig einsetzen: Das wünsche ich mir. Auch beim Luftverkehr: Gemeinsam mit den Leuten, die dort arbeiten, muss mensch über unterschiedliche Lösungsansätze und Massnahmen diskutieren. Denn wie gesagt: Klimaschutz muss sozial gerecht sein. Und das kann nur von den Arbeitenden selbst beurteilt werden.



Hansjürg Zumsteins SRF-Dokfilm über die Ems-Chemie belastet eine SP-Ikone

Ein «Fall Robert Grimm»? »?

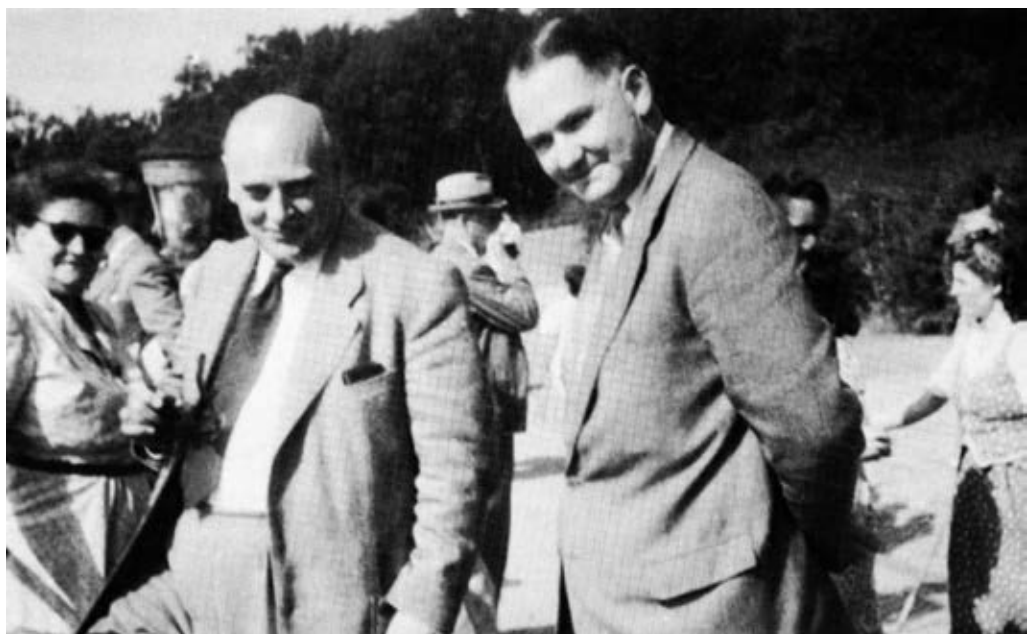
Der Schwerpunkt «1945» des Schweizer Fernsehens brachte eine aufwendige TV-Serie (siehe rechts unten) sowie zwei grosse Dokfilme. Jener von Hansjürg Zumstein befasst sich mit der Rolle von Robert Grimm (rechts oben) beim Auf- und Umbau der Ems-Chemie. Stürzt hier eine SP-Ikone? | Text: Adrian Zimmermann (Fotos: Schweizer Fernsehen SRF)

Ein neuer Dokumentarfilm («Ems-Chemie – Dunkle Helfer nach dem Zweiten Weltkrieg» von Hansjürg Zumstein) zeigt, wie die heutige Ems-Chemie in den Jahren des Zweiten Weltkriegs dank der staatlich geförderten Produktion von Ersatztreibstoffen zum Grossbetrieb aufstieg. Der Film belegt, dass Robert Grimm dabei eine wichtige Rolle spielte. Zudem stellt der Film – weit weniger überzeugend – die These auf, dass Grimm nach dem Krieg den für die Zukunft der Firma wichtigen Kontakt zum deutschen Chemiemanager Johann Giesen vermittelte. Giesen war zuvor u. a. für die Planung von Produktionsanlagen im IG-Farben-Werk Auschwitz-Monowitz zuständig, wo Konzentrationslagerhäftlinge Zwangsarbeit leisteten.

Treibstoff aus Holz

Während des Zweiten Weltkriegs leitete Robert Grimm im Nebenamt die Sektion für Kraft und Wärme des schweizerischen Kriegs-, Industrie- und Arbeitsamtes. In dieser Funktion an der Spitze der kriegswirtschaftlichen Brenn- und Treibstoffversorgung handelte Grimm mitten im Krieg auch einen langfristigen Liefervertrag mit der von Werner Oswald (1904–1979) gegründeten Holzverzuckerungs-AG (Hovag) aus, der heutigen (von Magdalena Martullo-Blocher geleiteten) Ems-Chemie Holding AG. Mit dem Vertrag von 1943 verpflichtete sich der Bund zur Abnahme von aus Holzabfällen hergestelltem Methanol als Ersatztreibstoff. Damit ermöglichte er dem Hovag-Werk in Domat/Ems den Aufstieg zum grössten Industriebetrieb im Kanton Graubünden.

Auch danach spielte Grimm eine zentrale Rolle in den engen Beziehungen zwischen dem Bund und der Hovag: Er präsidierte die vom Bundesrat eingesetzte Überwachungskommission, welche die Einhaltung des Liefervertrags kontrollierte. Die erste vom Dokumentarfilm aufgestellte These, dass Grimm massgeblich zum Aufstieg der späteren Ems-Chemie beitrug, ist somit richtig



Nazi-Know-how? Der Chemiker Johann Giesen (links) mit Hovag-Firmengründer Werner Oswald.

und gut begründet. Nach dem Krieg wurde die Produktion von Ersatztreibstoff allerdings unrentabel. Die Hovag musste auf andere Produkte umstellen. Auch diesen Prozess begleitete Grimm als Präsident der Überwachungskommission. In diesem Zusammenhang wird im Film eine weitere These aufgestellt: Grimm habe Oswald den Kontakt zum deutschen Chemiemanager Johann Giesen vermittelt, der in der Hovag die Leitung der Forschungsabteilung übernahm und später auch dem Verwaltungsrat angehörte.

Während des Zweiten Weltkriegs war Giesen als Manager des IG-Farben-Konzerns für den Bau und den Betrieb von Methanol-Produktionsanlagen im nur wenige Kilometer vom Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau entfernten IG-Farben-Werk zuständig. Für diese Fabrik wurde eigens das unmittelbar angrenzende Konzentrationslager Buna-Monowitz (Auschwitz III) errichtet. Dort waren die KZ-Häftlinge untergebracht, die von der IG Farben zur Arbeit gezwungen wurden. Die im Film aufgestellte These, Grimm habe den

Kontakt von Oswald und Giesen vermittelt, überzeugt nicht. Sie beruht weitgehend auf Mutmassungen und zumindest in einem Fall auf der Fehlinterpretation einer Quelle.

Nylon, Perlon, Grilon

Als «Beweis» für die angebliche Vermittlung Giesens durch Grimm präsentiert der Film ein Telegramm aus den im Schweizerischen Bundesarchiv liegenden Akten der Hovag-Überwachungskommission. Mit dem Telegramm lud Grimm als Präsident dieser Kommission deren Mitglieder zu einer «Besprechung mit Doktor Giesen Dienstag erster Juli» ein. Das Telegramm ist zwar undatiert, es stammt aber aus einem Dossier, das gemäss dem Eintrag im Archivkatalog des Bundesarchivs ausschliesslich Unterlagen aus dem Jahr 1952 enthält. 1952 fiel zudem tatsächlich der 1. Juli auf einen Dienstag. Ein Telegramm aus dem Jahr 1952, als Giesen bereits Leiter der Hovag-Forschungsabteilung war, kann aber kein «Beweis» dafür sein, dass Grimm den Kontakt Giesens zur Hovag vermittelt habe.

Robert Grimm

Robert Grimm (1881–1958) war neben Herman Greulich die wichtigste Persönlichkeit der Schweizer Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. 1915 und 1916 rief Grimm die sozialistischen Kriegsgegner zu Konferenzen in die Schweiz; seine führende Rolle beim Landesstreik 1918 zahlte er mit 6 Monaten Haft. Trotz dieser Vorgeschichte wurde er 1938 erster SP-Regierungsrat des Kantons Bern. Darüber hinaus nahm er als Leiter der kriegswirtschaftlichen Sektion für Kraft und Wärme nationale Versorgungsaufgaben wahr. Bundesrat wurde Grimm nie – obwohl (oder vielleicht gerade weil) er die für dieses Amt erforderlichen Fähigkeiten im Übermass besass (mit Ausnahme vielleicht von Konzilianz). | *slf*

(Foto: Schweizerisches Sozialarchiv)



Giesen traf gemäss den Forschungen der Bergier-Kommission bereits im Februar 1947 erstmals mit Hovag-Gründer Oswald zusammen. Schon ab 1948 begann die Hovag dank des Kontakts zu Giesen mit der Umstellung ihrer Produktion auf die von der deutschen Chemieindustrie entwickelte nylonähnliche Kunstfaser *Perlon*, welche die Hovag später als *Grilon* vermarktete. Noch dünner ist die Faktenlage bei der im Film angestellten Vermutung, Grimm sei die führende Funktion Giesens im IG-Farben-Werk Auschwitz-Monowitz bekannt gewesen: Als Beleg dafür dient einzig eine Bemerkung aus einem Brief von Ernst W. Imfeld an Grimm vom 6. Mai 1952, Giesen sei nach Auskunft deutscher Chemiker eine «Kapazität» als «Industrie-Organisator» in der Methanol-

produktion. Aus diesen wenigen Worten Imfelds ein Mitwissen Grimms über Giesens Rolle in Auschwitz abzuleiten, scheint doch sehr gewagt.

Rechtsanwalt Imfeld gehörte ebenfalls der Hovag-Überwachungskommission an. Im Zweiten Weltkrieg war er Direktor des kriegswirtschaftlichen Syndikats «Petrola – Schweizerische Genossenschaft für die Versorgung mit flüssigen Kraft- und Brennstoffen». In der Petrola waren während des Kriegs sämtliche Benzin und andere Erdölprodukte importierende Firmen zwangsweise zusammengeschlossen. Die kriegswirtschaftliche Sektion für Kraft und Wärme überwachte die Tätigkeit der Petrola. Imfeld arbeitete eng mit Grimm zusammen und wurde zu seinem persönlichen Freund.

Wie bereits seit der Publikation des entsprechenden Bands des Bergier-Berichts bekannt ist, reisten kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs drei hohe Funktionäre des kriegswirtschaftlichen Apparats Nazi-Deutschlands in die Schweiz ein: Friedrich Kadgien, Ludwig Haupt und Ernst Rudolf Fischer. Als Grund gaben sie an, wie in den Jahren zuvor Verhandlungen mit der Petrola über die Benzinversorgung der Schweiz führen zu wollen. Für die Einreise und den Aufenthalt Haupts, Fischers und Kadgiens in die Schweiz soll sich laut zwei Aktennotizen von Bundespolizei-Inspektor Max Ulrich und einem Schreiben von Fischers Anwalt Robert Fricker neben Imfeld auch Grimm eingesetzt haben. Eine direkte Intervention Grimms für das Trio ist bisher allerdings nicht bekannt.

Weitere Recherche nötig

Dagegen sind *Imfelds* Kontakte mit den drei Herren gut belegt. Imfeld war es auch, der über Ernst Rudolf Fischer Anfang 1947 den Kontakt zwischen Werner Oswald und Johann Giesen vermittelte. Welche Rolle Grimm dabei und zuvor in den Verhandlungen über Öl- und Benzinimporte mit deutschen Stellen während des Kriegs spielte, ist somit bisher nicht ausreichend erforscht. Zugespitzte Vermutungen wie sie in dem – trotz dieser kritischen Bemerkungen sehenswerten – Dokumentarfilm angestellt werden, können weitere gründliche Forschungsarbeit im besten Fall anregen; ersetzen können sie diese nicht.

1945: Belasteter Frieden

Am 8. Mai 1945 läuteten in der ganzen Schweiz die Kirchenglocken: Der Zweite Weltkrieg war mit der bedingungslosen Kapitulation Nazi-Deutschlands in Europa zu Ende. Aber natürlich ist nicht von einem Tag auf den anderen «Frieden». Das Schweizer Fernsehen hat diese Übergangszeit im Herbst zu einem Themenschwerpunkt gemacht.

Im Zentrum steht ein Sechsteiler. Die Handlung von «Frieden» ist fiktiv, aber sie bringt reale Geschehnisse quasi in Engführung zusammen: So zeigt der Film, wie Nazi-Schergen nach 1945 in der Schweiz Zuflucht fanden, und auch, dass hier wie dort auch belastete Personen in die Nachkriegswirtschaft integriert wurden. Drittens geht es um die sogenannten Buchenwaldkinder: Mit humanitären Aktionen trachtete die Schweiz

nach 1945 danach, ihr wegen Nazikollaboration angeschlagenes Image aufzupolieren. Kinder aus kriegsversehrten Gebieten wurden zu mehrmonatigen Aufenthalten eingeladen. Auch 2000 Kinder aus Konzentrationslagern sollten zur Erholung in die Schweiz reisen – es kamen aber lediglich 370 Jugendliche und junge Erwachsene; Kinder haben das KZ kaum je überlebt.

Die Serie von Petra Volpe («Die göttliche Ordnung») wurde von einschlägigen Dokumentarfilmen flankiert. Verdienstvoll sind auch die vielen Radiobeiträge: SRF hat Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zu unterschiedlichen Aspekten des Kriegsendes und des Epochenübergangs zu Wort kommen lassen – gerade noch rechtzeitig, denn beim Jahrhundert-Jubiläum in 25 Jahren werden diese Stimmen verstummt sein. | *slf*



Humanitäre Hilfe? Buchenwald-Kinder im TV-Sechsteiler «Frieden».

Bedauern wegen Stände-Nein

Es ist erst zum 10. Mal in der Geschichte der Schweizer Direktdemokratie, dass eine Verfassungsvorlage beim Volk die Mehrheit holt, aber das Mehr bei den Ständen verfehlt. Und erst die zweite Initiative, die dieses Schicksal erleidet. Die Konzernverantwortungsinitiative ist damit vom Tisch – nach einem schier unendlichen Gezerre im Parlament und nach beispiellosem (und beispiellos ruppigem) Abstimmungskampf. Der VPOD bedauert, dass es der Gegnerschaft mit halb- und unwahren Behauptungen gelungen ist, ein Anliegen zu torpedieren, das eigentlich eine Selbstverständlichkeit wäre: Geschäfte sollen nicht auf der Zerstörung der Natur und der Knechtung von Menschen beruhen, sondern auf der Achtung der Menschen und der natürlichen Ressourcen entlang der gesamten Produktionskette. Wer Profit machen will, muss dafür Verantwortung übernehmen. Eine knappe Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer ist dieser Ansicht; sie wurden von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern aus den kleinen konservativen Kantonen aber «überstimmt». Auch der SGB bedauert das knappe Scheitern der Initiative. Man werde die Gegnerinnen und Gegner nun allerdings beim Wort nehmen, die sich im Abstimmungskampf zu den Zielen der Initiative bekannt haben und nur den Weg falsch fanden. Der SGB wird darauf bestehen, dass der nun in Kraft tretende indirekte Gegenvorschlag konsequent umgesetzt wird.

Auch die Ablehnung der Kriegsgeschäfteinitiative wird von VPOD und SGB bedauert. Für die betroffenen Institutionen wäre ein Aus-

schluss von Investitionen in Kriegsmaterial ohne grosse Mehrkosten oder Renditeeinbussen umsetzbar gewesen. Viele Stiftungsräte von Pensionskassen mit paritätischer Vertretung der Versicherten sind längst auf eine sozial- und umweltverträgliche Anlagepolitik eingeschwenkt. Das Engagement dafür muss nun verstärkt werden.

Dass VPOD-Kollegin Heidi Mück im Kanton Basel-Stadt keine Chance auf einen Regierungssitz hatte, bedauert der VPOD; die links-grüne Regierungsmehrheit ist damit am Rheinknie einstweilen Geschichte. Anders in Bern, der seit geraumer Zeit progressivsten Stadt der Deutschschweiz: Dort steht der rot-grüne Gemeinderat (so heisst in Bern die Stadtregierung) felsenfest. Über den gloriosen Einzug von VPOD-Kollegin Marieke Kruit in selbige Exekutive herrscht auch beim VPOD Freude. Ebenso darüber, dass bei der Wahl ins Schaffhauser Stadtparlament VPOD-Kollege Patrick Portmann (SP) von allen Kandidierenden das beste Resultat erzielte. | *vpod* (Foto: jonart777/iStock)



Keine Verantwortung? Zinkmine in Peru.

Sunil Mann Die Stille danach

Während ich diese Kolumne schreibe, ist noch überhaupt nicht klar, ob unser aller liebster Alleinunterhalter das Weisse Haus jemals verlassen wird – oder ob er sich am Abend des 19. Januars 2021 an den massiven Schreibtisch im Oval Office kettet, um eine Zwangsdeportation zu verhindern. Vielleicht blendet er auch einfach die Realität aus, darin ist er ja Meister, und behauptet weiterhin, der rechtmässige Wahlsieger zu sein. Fakten haben ihn ohnehin nie gekümmert, und wenn man gewisse Dinge ganz oft sagt, werden sie vielleicht irgendwann wahr. Zuzutrauen wäre es ihm. Die Familienmitglieder müssen mittlerweile derart an solche Peinlichkeiten gewöhnt sein, dass sie die jüngste Zwängerei ihres Oberhauptes kaum ein Schulterzucken kosten wird. Während Melania, vermutlich ohne eine Miene zu verziehen (okay, das praktiziert sie seit Jahren), in den Privatjet Richtung New York einsteigen wird, um dort als erstes einen Scheidungsanwalt aufzusuchen und endlich den McDonald's-Mief aus ihren Kleidern zu lüften.

Derweil versuchen hierzulande die Bewunderer ein positives Fazit der Regentschaft des Möchtegerndespoten herbeizuschreiben, was natürlich nicht geht, ohne mindestens ein Auge gewaltsam zuzudrücken. Gerade das unentschlossene Hin und Her (war während der Wahlen auf Twitter live mitzuverfolgen) mancher Trumpisten hat deutlich gezeigt, dass es selbst ihnen schwerfällt, eine klare Position einzunehmen.

Es ist davon auszugehen, dass der amtierende Präsident im nächsten Jahr (noch?) keine zweite Amtszeit antreten wird. Bei seinem Abgang wird er sich vermutlich selbst loben, so wie er das in den vergangenen Jahren andauernd getan hat. Nebst all den missratenen und ein paar gelungenen politischen Aktionen wird er als der Präsident in die

Geschichte eingehen, der infantile Benehmen salonfähig gemacht hat (am rechten Ende des politischen Spektrums wird wohl selbst diese fragwürdige Errungenschaft beklatscht), der sich um Anstand und Empathie foutiert hat wie niemand in vergleichbarer Position zuvor und der eine neue Art der Wahrheit erfunden hat, nämlich seine eigene. Andererseits wurde ihm eine spezielle Art der Immunität (oder Narrenfreiheit) zugestanden, die ihn alle Skandale von Steuerhinterziehung über mysteriöse Russlandkontakte bis zum Pussydebakel unbeschadet haben überstehen lassen. Das verdient irgendwie Respekt. Respekt verdient auch sein Unterhaltungspotenzial. Denn in den vergangenen vier Jahren wurde uns die verrückteste Soap Opera geliefert, die zurzeit läuft. Und es gab jeden Tag neue Folgen mit noch unfassbaren Handlungsbögen, noch heftiger an den Haaren herbeigezerrten Wendungen, noch skrupelloseren Protagonisten. Das Personal hat teilweise so schnell gewechselt, dass man den Faden unweigerlich verlor, wenn man eine Folge verpasst hatte. Irrer als Monty Python, atemberaubender als Daktari, unglaubwürdiger als Denver Clan. Und erst noch gratis!

Doch trotz allem Unterhaltungswert – ich freue mich auf den 20. Januar. Und die Stille danach.



Sunil Mann ist Krimi- und Kinderbuchautor sowie Flugbegleiter.

Als Stalin Tante Paula einsperrte

In diesem Buch kommt einiges zusammen. Beatrice Schmid stöbert auf dem Estrich ihres Elternhauses einen Koffer voller Dokumente auf – und entdeckt damit, dass ihr eigenes politisches Engagement auf einer eigentlichen Familientradition fusst. Als Gymnasiallehrerin ist sie selbstverständlich Mitglied des VPOD und erfährt jetzt bei ihrer Recherche, dass ihr Urgrossvater einst mitgeholfen hatte, den VPOD zu gründen (er war Gründungsmitglied des Basler Staatsarbeiter-Vereins, aus dem später eine Sektion des VPOD wurde). In ihrem Elternhaus war von Politik nie die Rede. Aber in diesem Koffer finden sich Briefe und Dokumente aus der Zeit ihrer Grosseltern. Wir begegnen einer hochpolitisierten Generation Anfang des 20. Jahrhunderts in Basel. Der sozialistische Weltkongress 1912 in Basel, der Generalstreik 1918, die Spaltung der SP und die Gründung der KP – das ist die Welt, in der sie sich bewegen und die sie prägt. Grosstante Paula geht 1921 als 19-jährige überzeugte Kommunistin in die UdSSR, um nie mehr zurückzukommen. Während der Stalinschen Säuberungen in den 1930er Jahren verliert sie ihre Freunde, ihren Mann, beinahe ihre Tochter und schliesslich ihre Freiheit. Grossmutter Marie lebt in Basel. Wir erfahren, wie ihr trotz besten Schulnoten nur der Broterwerb als Magd und schliesslich als Arbeiterin in einer Grossbäckerei bleibt. Immerhin ist es die Bäckerei des ACV, des Allgemeinen Consumvereins, aus dem dann der Coop entstanden ist. Aus dem lieben Grossmutter wird auf einmal eine engagierte Vorkämpferin für Frauenrechte, vom Schweizer Staat beobachtet und fichiert: «... beteiligten sich massgeblich an der Propaganda für die Einführung des Frauenstimmrechts.» Bis 1956 war Marie Redakteurin der «Welt der Frau», einer monatlichen Beilage des *Vorwärts*. Während des Krieges versucht sie einer deutschen Kommunistin zu helfen, die in Paris Widerstand gegen die Besatzungstruppen organisiert und schliesslich im KZ landet. Es ist ein Buch über linke Geschichte der ersten Jahrhunderthälfte – immer geschildert von linken, «normalen» Leuten. Es geht nicht um die üblichen historischen Figuren. Die kommen auch vor, Clara Zetkin zum Beispiel oder Fritz Platten, aber immer nur am Rande. Von VPOD-Sekretär und SP-Präsident Helmut Hubacher lesen wir einen Artikel: «... sie sollen behandelt werden wie die Pest und Cholera, als Seuche in unserem Lande, die vertrieben werden muss.» Gemeint sind die Mitglieder der PdA. 1952 schreibt Marie einen aufwühlenden Brief an Max Arnold, geschäftsleitender Sekretär des VPOD. Im Basler Grossen Rat haben SP-Genossen einen Vorstoss eingereicht, wonach sämtliche PdA-Mitglieder aus dem öffentlichen Dienst entlassen werden sollen. Ihr Mann – Genosse, Strassenarbeiter und VPOD-Mitglied – wäre davon betroffen. Ob sie Antwort bekommen hat, erfahren wir nicht. Aber der Vorgang zeigt die antikommunistische Stimmung von



damals. Und wir erleben mit, wie schwierig es war für Leute links der SP. Nach dem Ungarn-Aufstand schliesslich ist es genug für die Grosseltern, sie treten aus der Partei aus. Grosstante Paula aber, nach den Jahren im Gulag und in der Verbannung endlich wieder zurück in Moskau, kann für diesen Entschluss kein Verständnis aufbringen.

| Georg Christen

Beatrice Schmid: «Du weißt mich jetzt in Raum und Zeit zu finden.» Zwei Frauen zwischen Basel und Moskau, Zürich (Rotpunktverlag) 2020. 376 Seiten, zahlreiche Bilder. CHF 38.

Privatisierung: Das Buch zum Film

«Privatisierungen: Monopol des Marktes und seine Auswirkungen» – endlich liegt das Opus magnum des ehemaligen Tessiner VPOD-Sekretärs Graziano Pestoni auch auf Deutsch vor. 2013 ist es in italienischer Sprache erschienen. Von 1978 bis 2006 vertrat Pestoni den VPOD im Tessin – und wurde damit Zeuge des grossen Umbruchs, den sein Buch beschreibt. Dabei siedelt Pestoni die neoliberale Wende keineswegs erst 1989, beim Fall der Berliner Mauer, an. Aus seiner Sicht ist der Konsens schon Anfang der 1970er Jahre verloren gegangen, wonach der «gesamten Bevölkerung Recht, Dienste und Würde garantiert» waren. «Raubritter, Söldner und Modernisten» hätten in wenigen Jahren eingerissen, was zuvor über Jahrzehnte aufgebaut worden war: Im 19. und in den frühen Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts hatte der Staat die wichtigsten Einrichtungen – Bildung, Verkehr, Logistik, später auch die soziale Sicherheit – an sich gezogen und als Service public im Dienst der Allgemeinheit ausgestaltet, weil Private damit gescheitert waren. Um dieses Jahrhundertwerk rückabzuwickeln, hätten die Exponenten der neuen Lehre – notabene Jahrzehnte vor Trump – mit Lügenpropaganda gearbeitet, die nur durch stetige Wiederholung allmählich salonfähig geworden sei. Diese Argumentation ist am überzeugendsten, wo sie sich auf Fakten stützt: Tatsächlich war beispielsweise die Pro-Kopf-Verschuldung des Kantons Tessin just in jener Phase am geringsten, als mit dem Hinweis auf Defizite die Zerschlagung staatlicher Dienste gefordert und umgesetzt wurde. Beispiele aus dem In- und Ausland zeigen, dass man sich bei all diesen Aufspaltungen und Auslagerungen oft genug im falschen Film wähnen musste. Hier ist jetzt, nachträglich, das Buch zum Horrorstreifen.

Die grosse Frage ist jedoch, ob sich der Film auch rückwärts abspielen liesse. Dass der Autor eine Wiederverstaatlichung von SBB, Post, Telekommunikation etc. fordert, ist VPOD-weit bekannt. Träume? Pestoni räumt ein, dass diese Veränderungen, wiewohl notwendig, «weder einfach noch automatisch» seien. | slt

Graziano Pestoni: «Privatisierungen: Monopol des Marktes und seine Auswirkungen», Zug (Schweizer Literaturgesellschaft) 2020. 215 Seiten. CHF 29.80.





Kerzen, so weit das Auge reicht:
Wien nach dem Anschlag.

Lohnfortschritte in Schweden

Die schwedische Gewerkschaft Kommunal freut sich über einen guten GAV-Abschluss für die Angestellten der Gemeinde- und Regionalverwaltungen. Der Vertrag gilt bis Frühling 2024 und bringt in diesem und in den folgenden zwei Jahren Lohnerhöhungen von zweimal 2 und einmal 1,4 Prozent, ausserdem

Qualifikationszuschläge sowie eine einmalige Corona-Prämie von 5500 Kronen (gut 500 Euro). Die Verbesserungen sollen helfen, den Fachkräftemangel in den Gesundheits- und Sozialberufen abzuschwächen. | egöd

Türkei: Gegen Aushöhlung

Die drei Gewerkschaftsbünde in der Türkei, TÜRK-İŞ, HAK-İŞ und DİSK, treten gemeinsam gegen die von der Regierung angestrebte Flexibilisierung des Arbeitsrechts an. Das Gesetz ist ohne Einbezug der Gewerkschaften zustande gekommen. Es erleichtert die Umgehung von Arbeitgeberpflichten etwa durch befristete Verträge. Damit werden auch die an den Arbeitsvertrag gekoppelten Sicherheiten und Rentenansprüche reduziert. | egöd

Schnedl dankt Rettungskräften

Norbert Schnedl, Vorsitzender der österreichischen Gewerkschaft öffentlicher Dienst GÖD, hat sich zum Terroranschlag von Wien

geäussert und den beteiligten Sicherheits- und Rettungskräften für ihre vorbildliche Arbeit gedankt. Sie hätten unter schwierigsten Rahmenbedingungen Grossartiges geleistet, sagte Schnedl. Gleichzeitig versicherte er, dass Grundwerte wie Freiheit und Demokratie sich durch derartige perfide Angriffe nicht erschüttern liessen. Die Anteilnahme mit den Opfern ist trotz des Lockdowns gross. | göd (Foto: Helmut Fohringer/Keystone)

Gewerkschaften für Kultur

Gewerkschaften in Frankreich, Italien, im Vereinigten Königreich und in Deutschland machen sich für die Kulturschaffenden stark. So haben CGT, FP-CGIL und PCS gemeinsam auf den dringenden Handlungsbedarf hingewiesen, der in diesem schon vor Corona zu grossen Teilen prekären Sektor besteht. Die Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie haben die Kultureinrichtungen überall hart getroffen; viele freiberuflich Tätige verloren

Wirtschaftslektion Her mit den Krankenkassenmilliarden

Die Corona-Krise ist eine Weltwirtschaftskrise. Wobei die Ausbreitung des Virus von Ost nach West die einzelnen Länder zu unterschiedlichen Zeitpunkten getroffen hat. Alle Industrieländer verzeichneten in der ersten Welle starke Einbrüche der Wirtschaftsleistung – aufgrund von Teilschliessungen der Wirtschaft, der Verhaltensänderung der Bevölkerung und der Übertragung über den stark abgekühlten Welthandel. Nach der Erholung in den Sommermonaten kühlt sich die Wirtschaft in der zweiten Welle wieder ab. Die Produktion liegt ungefähr 5 Prozent unter dem Vorkrisenniveau. Wobei Länder mit Kurzarbeitssystemen und einem besseren Service public wie die Schweiz oder Deutschland besser durch die Krise kommen als die wesentlich weniger sozialen – und chaotischeren – USA. In der Schweiz gibt es eine corona-bedingte Unterbeschäftigung von ungefähr 5 Prozent, was im historischen

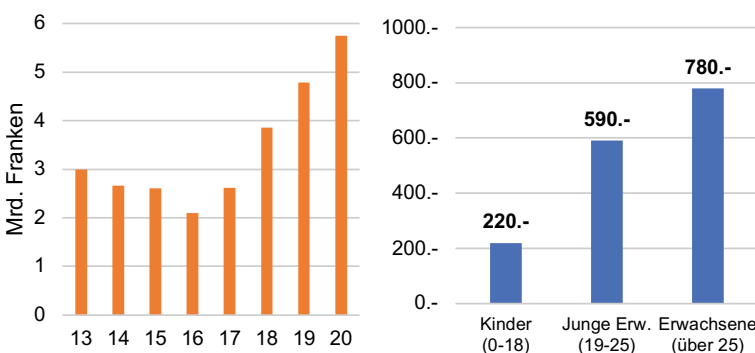
Vergleich beunruhigend viel ist. Die Quote der Stellensuchenden ist seit Ausbruch der Corona-Krise um 1,5 Prozentpunkte von 4 auf rund 5,5 Prozent gestiegen. Ausserdem beantragen die Firmen für 2,5 bis 3 Prozent der Arbeitsstunden Kurzarbeit, weil sie Auftrags- und Umsatzausfälle haben. Das entspricht in etwa 150 000 Vollzeitstellen. Zusätzlich haben sich seit Anfang Jahr mehr als 50 000 Personen vom Arbeitsmarkt zurückgezogen. Entweder mehr oder weniger freiwillig, weil sie sich in der Krise entschieden haben, eine Ausbildung zu machen. Oder unfreiwillig, weil sie von der langen erfolglosen Stellensuche zermürbt sind und aufgeben.

Wer in Kurzarbeit oder arbeitslos ist, erhält zwar einen Lohnersatz – von 70 bis 80 Prozent. Wer sich hingegen ganz vom Erwerbsleben zurückzieht, hat nicht einmal das. Wirtschaftliche Krisen wie die Corona-Krise ziehen deshalb zwangsläufig Kaufkraftprobleme nach sich. Diese können die Krise weiter verstärken. Denn weniger Einkommen bedeutet auch weniger Geld für den Konsum. Das wirkt sich negativ auf die Nachfrage und den Absatz im Inland aus.

Dieses Problem kann einfach angegangen werden. Denn die Krankenkassen sitzen auf Milliarden-Reserven, die sie nicht mehr brauchen. Diese überschüssigen Reserven sind in den letzten Jahren laufend gewachsen (siehe Grafik). Selbst im Corona-Krisenfall steigen sie weiter. Sie betragen zuletzt rund 5,7 Milliarden Franken. Würden die Reserven bis zum gesetzlichen Minimum ausgeschüttet, dürften sich die Haushalte auf einen willkommenen einmaligen Zustupf freuen. Schätzungsweise wären es für Erwachsene 780 und für Kinder 220 Franken pro Kopf. Eine Familie mit zwei Kindern könnte also 2000 Franken mehr ausgeben. | Daniel Lampart, SGB-Chefökonom

Krankenkassen horten Milliarden

Überschüssige Reserven der Krankenkassen in Milliarden Franken in den Jahren 2013 bis 2020 (links) und geschätzte Ausschüttung aller überschüssigen Reserven pro Person in Franken (rechts)



Quelle: Berechnungen SGB mit Statistik der obligatorischen Krankenversicherung

ihre Existenzgrundlage. Die deutsche Gewerkschaft Verdi fordert, dass die Novemberhilfen der Bundesregierung auch tatsächlich ankommen. Sogenannte Soloselbständige, die wegen behördlicher Schliessung der Veranstaltungsorte nicht mehr auftreten können, müssten als wirtschaftlich Direktbetroffene Zugang zu den Geldern bekommen. | [slt/egöd/verdi](#) (Foto: Guilhem Vellut/Wikimedia CC)

Wieder Streik in Hessens ÖV

Erneut hat Verdi in mehreren Städten Hessens den öffentlichen Personennahverkehr lahmgelegt, um Druck zugunsten eines besseren Tarifvertrags zu machen. Betroffen waren Frankfurt am Main, Kassel, Marburg und Wiesbaden. Aus Rücksicht auf die Pandemie wurde der Streik auf einen Samstag gelegt, wo er weniger Berufspendelnde trifft. Seit Langem beklagt Verdi die Unterbezahlung bei den hessischen Verkehrsunternehmen. In den benachbarten Bundesländern verdienen

Buschauffeurinnen und U-Bahn-Mechaniker im Schnitt 180 Euro mehr. | [slt](#)

Lohnleichheit: EGB prescht vor

Ein ungewöhnlicher Schritt: Der Europäische Gewerkschaftsbund EGB hat eine eigene Richtlinie über gleichen Lohn für alle Geschlechter vorgelegt. Er will damit Druck auf die Europäische Kommission ausüben, die ihrerseits Rechtsvorschriften zur Verbesserung der Lohntransparenz zu erlassen gedenkt. Insbesondere will der EGB, dass Lohngeheimnis-klauseln in Arbeitsverträgen verboten werden. Zudem sollen die Arbeitgeber jährliche Lohnüberprüfungen vorlegen müssen. | [egöd](#)

Belarus: Gewerkschafter wieder frei

Nach bis zu 55 Tagen in Haft sind in Belarus vier Gewerkschaftsfunktionäre wieder freigekommen, unter ihnen der stellvertretende Vorsitzende der unabhängigen Gewerkschaft BITU, Siarhei Charkasau. Die Festnahme der



Keine Kunst, nirgends:
Opéra Bastille in Paris.

Aktivisten, die im Gegensatz zu den offiziellen Gewerkschaften die Streiks und Proteste gegen Regierungschef Lukaschenko mittragen, war im *VPOD-Magazin* vom November gemeldet worden. Es scheint, dass die von Gewerkschaften erzeugte internationale Aufmerksamkeit zur Freilassung der vier Funktionäre geführt hat. | [labourstart](#)

Wer war's? Aussenarchitektinnen

Sofern die Redaktion des *VPOD-Magazins* nicht gerade ins Homeoffice gesperrt ist, arbeitet sie im «Haus zum Korn». Dieses stammt wie sein Schwesterhaus «zum Schimmeltor» vom Architekten Hermann Herter, der von 1919 bis 1942 in Zürich Stadtbaumeister war. Zum Ensemble in Zürich-Wiedikon gehören noch der Bahnhof und die Sportanlage Sihlhölzli. Die Tramwartehäuschen am Bellevue und am Paradeplatz mit ihren weit schwingenden Dächern wurden ebenfalls auf Herters Zeichentisch geboren. Und die Brandwache an der Manessestrasse. Von dort brechen die Kollegen Zürcher Berufsfeuerwehrlaute zu ihren Einsätzen auf. Vom Bürofenster aus lässt sich beobachten, wenn sie im Hof von Zeit zu Zeit mit der Teleskopleiter üben und dabei die Wolken am Bauch kraulen.

Zürich erhielt seine Berufsfeuerwehr vergleichsweise spät. Erst 1921, nach einem Grossbrand, besann man sich auf eine ständige Wache von zunächst 11 Mann. Das neue Gebäude war 1937 fertig und kostete 2 579 493 Franken und 40 Rappen. Es spricht für den Weitblick des Architekten, dass das Haus erst sieben oder acht Jahrzehnte später an seine betrieblichen Grenzen kam; in den kommenden Jahren wird es denkmalschonend ergänzt und umgebaut. Maria Conen und Raoul Sigl haben den Architekturwettbewerb gewonnen – da sie hier genannt sind, dürften sie nicht als Wettbewerbslösung in Frage kommen. Es ist aber tatsächlich eine Architektin zu erraten, die unter manch anderem auch eine Feuerwache verantwortet. Weil Frau X. indes wenig von rechten Winkeln und geraden Linien hielt, geht die böse Kunde, den Angehörigen jener Werksfeuerwehr sei jeweils schon vor dem Ausrücken ganz sturm im Kopf gewesen ob all der schiefen Ebenen.

Dass das Haus nur wenige Jahre im Sinne der Erfinderin genutzt wurde, liegt aber vielmehr daran, dass sich die Vorhaltung einer eigenen Werkwehrlösung vorliegend als suboptimal erwies. Es war übrigens das erste Gebäude, das die gesuchte Architektin in der richtigen Welt

bauen durfte. Dass sie ihre Pläne lange nicht umgesetzt bekam, dürfte mit misogynen Vorurteilen zusammenhängen, die in der Architekturszene lange ausgeprägt waren. Man traute Architektinnen allenfalls Innenarchitektur zu oder die Gestaltung maximal eines Velounterstands oder einer Hundehütte. Ein Opernhaus aber? Da konnte Frau X. den Wettbewerb noch so oft gewinnen – die Waliserinnen und Waliser (mit einem l) wollten nicht.

Auch für Schweizer Verhältnisse waren ihre Vorschläge anscheinend zu kühn. Sie stiessen auf zu wenig Gegenliebe bei der Jury (Kloten), fanden keinen Investor (Küsnacht) oder stürzten an der Urne ab (Basel). Bei ihrem Tod vor gut 3 Jahren gehörte die hier Gesuchte aber unbestritten zur ersten Garnitur internationaler Architekturikonen. Ihr Name kommt auf eine Postkarte, die bis 21. Januar 2021 zu senden ist an: VPOD Zentralsekretariat, Wer war's?, Postfach, 8036 Zürich. Auch per Mail kann man sich beteiligen (das ging letztes Mal vergessen): redaktion@vpod-ssp.ch. Büchergutscheine zu 100, 50 und 20 Franken winken den Glücklichen. | [slt](#)

Es war Göpf Egg

«Ha, du hättest gar nicht sagen dürfen, von welchem Sächsi durf du ein Drüüblatt weist, wenn wir nicht danach fragen.» «Geschoben Trumpf gemacht und trotzdem den Puur ausgespielt? Diese Karte sticht jetzt nimmermehr.» «Vorzeitig bedankt? Ihr habt verloren!» Wenn ob solcher Fragen eine Jassrunde in Wallung gerät, wird meistens Jasspapst Gottfried «Göpf» Egg angerufen. Nicht telefonisch (weil er schon 2010 verstorben ist), sondern im Sinne einer höheren oder letzten Instanz. Auf fast alle Fragen weiss sein Jassreglement Rat. Die richtige Wettbewerbslösung wussten derweil Béatrice Baumgartner (Basel), Christian Knobel (Schaffhausen) und Regula Degen (Itingen), die wir mit Bücherbons belohnen. | [slt](#)

Thierry Humbert-Droz †

Am 4. November ist VPOD-Kollege Thierry Humbert-Droz im Alter von 50 Jahren an den Folgen einer Infektion mit dem Covid-19-Virus verstorben. Nach einigen Jahren im Verkauf hat sich der Kollege bereits mit 20 Jahren neu orientiert und sich der Pflege zugewandt. Auch jetzt, am Schluss, arbeitete er in einem Pflegeheim. Gewerkschafter war er von allem Anfang an, denn die Notwendigkeit, dass die Beschäftigten sich organisieren müssen, um zu ihrem Recht zu kommen, leuchtete ihm unmittelbar ein. 23 Jahre wirkte Kollege Thierry Humbert-Droz in der «Providence» in Neuenburg, in jenem Spital also, an dem es 2012/2013 zu einem grossen und langen Streik kam – mit dem Ziel, den kantonalen Gesundheits-GAV gegen die Begehrlichkeit privater Gesundheitskonzerne zu verteidigen. Dieser Streik war für den Kollegen eine wichtige Erfahrung; sie veranlasste ihn, sich stärker in die Gewerkschaftsbewegung einzubringen. – Ich hatte das Glück, ihn in dieser Zeit zu kennen: Wir arbeiteten zehn Jahre lang zusammen im Spital und dann mehr als hundert Tage am Streikposten. Thierry Humbert-Droz war sich für keine Aufgabe zu schade; er gehörte nicht zu den Salon-Gewerkschaftern, die ihre Zeit damit verbringen, sich gegenseitig beim Reden zuzuhören. Er hielt keine grossen Reden, aber er handelte, verausgabte sich, stets bereit sich einzubringen, wo auch immer

er gebraucht wurde. Zwei Jahre arbeitete er im Neuenburger VPOD-Sekretariat; danach nahm er viele ehrenamtliche Aufgaben im Verband wahr, war in den Verbandskommissionen Gesundheit und Migration aktiv und vertrat seine Region in der Delegiertenversammlung des Verbandes. Auch die anderen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen erinnern sich an einen gewissenhaften, grosszügigen Kollegen, der respektvoll, fair und aus tiefster Überzeugung handelte. Thierry Humbert-Droz hinterlässt im VPOD eine grosse Lücke. | *Sabine Furrer (Foto: Eric Roset)*

VPOD-Landesvorstand vom 13. November 2020

Der Landesvorstand hat (erneut) per Videokonferenz getagt und hat

- das Budget 2021 der allgemeinen Verbandsrechnung und damit auch die Aufteilung der Verbandsbeiträge im Verhältnis 80 zu 20 zwischen Verbandsrechnung und Finanzierungsfonds zuhanden der Delegiertenversammlung des Verbandes gutgeheissen. Das Budget rechnet in der Verbandskasse mit einem Defizit von 292 000 Franken und im Finanzierungsfonds mit einem solchen von 279 000 Franken. Mit durchschnittlichen und erwartbaren Finanzerträgen kann das Minus auf 221 000 Franken reduziert werden. Vom Finanzplan für die Jahre 2022 und 2023 wurde Kenntnis genommen.
- die Kampagnen und Mobilisierungen dieses Herbsts diskutiert, namentlich die Mobilisierungen des Genfer Staats- und des Stadtpersonals und die gelungene und vielbeachtete Aktionswoche im Gesundheitswesen.
- der überschuldeten Region Grischun/Glarus die Finanzhoheit gemäss Art. 13 Abs. 2 der Statuten entzogen und das Zentralsekretariat beauftragt, die Führung und die Finanzen der Region zu übernehmen.
- über Abläufe und Verbesserungspotenzial der VPOD-Kommunikation gesprochen.
- den Rekurs zweier Mitglieder der Region Waadt gegen die teilweise Ablehnung ihres Rechtsschutzgesuches abgewiesen.
- die Delegiertenversammlung des Verbandes vom 5. Dezember abgesagt; die notwendigen Beschlüsse werden auf schriftlichem Weg erwirkt.

Stefan Giger, Generalsekretär

Rote Köpfe

Ruth Humbel, CVP-Nationalrätin, Präsidentin der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit sowie gutbezahlte Mehrfachverwaltungsrätin, findet es unziemlich, dass das Gesundheitspersonal eine Protestwoche durchführt. «Wieso müssen Pflegerinnen und Pfleger, die sichere Jobs haben und deren Problemsituation erkannt ist, protestieren?», liess sie sich zitieren. Sie finde das gegenüber Coiffeusen oder Serviceangestellten «fast zynisch». Solche Worte offenbaren ein eigenartig verschobenes Demokratieverständnis. Die am direktesten Betroffenen sollen gefälligst die Klappe halten? Während andere von ihren Lobbys sogar noch Geld bekommen dafür, dass sie ihr Lied singen?



Munkeln hört man, raunen und flüstern, murmeln und tuscheln, der neue Roman von **Annette Hug** sei bald fertig. Die Kollegin arbeitete mehrere Jahre als VPOD-Zentralsekretärin, bis sie beschloss, sich ganz auf die Schriftstellerei zu verlegen – regelmässig zu lesen sind Texte von ihr etwa in der WOZ. Nebenbei lernt sie Chinesisch und reist, soweit das Virus es zulässt. Das neue Buch... Halt! Es wurden dem Redaktor allerhand archaische Strafen angedroht, wenn er mehr ausplauderte.



Die Tessiner SP-Ständeherrin (und VPOD-Kollegin) **Marina Carobbio** übernimmt von Mattea Meyer das Präsidium des SAH-Netzwerks. Die Neubesetzung wurde nötig, weil Meyer das SP-Co-Präsidium angetreten hat. Carobbio wurde von der als Videokonferenz durchgeführten Delegiertenversammlung einstimmig gewählt und freut sich auf die neue Aufgabe. Nützlich wird sein, dass sie in den relevanten Ständeratskommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit, für Finanzen und für Bildung sitzt. Das SAH unterstützt im Inland die Anliegen von Flüchtlingen, Migrantinnen, Stellensuchenden und anderen Menschen in pekärer Lage. Durch die Corona-Krise ist die Organisation noch zusätzlich herausgefordert. | *slt (Fotos: Parlament, Florian Bachmann, zVg)*



Die Behauptung übereifriger Polizisten wurde von der Frontkamera widerlegt – Genugtuung gab's nicht

Abstandsregeln eingehalten

Aufgepasst, wenn vor dir ein Polizeiauto fährt! Buschauffeur Kollege W. hatte prompt ein Strafverfahren wegen zu nahen Auffahrens am Hals. Die Frontkamera und der VPOD widerlegten den Vorwurf; der Fall wurde eingestellt.

| Text: Sabine Braunschweig (Foto: Allzweckjack/photocase.de)



Unser Tatortfoto beweist: Kollege W. (nicht auf dem Bild) ist nicht zu nah ans Polizeiauto herangefahren.

Im Morgenverkehr fuhr ein Patrouillenfahrzeug der Ortspolizei vor dem Linienbus her. Nach einem Kilometer hielt die Polizei an und stoppte den Bus. Der Polizist warf dem Busfahrer W. vor, dem Polizeifahrzeug über 500 Meter bis auf «zwei – maximal fünf Meter» aufgefahren zu sein. Und er nahm den Führerschein an sich – mitten in W.s Arbeit, die im Transport von Fahrgästen und im Einhalten des Fahrplans besteht. Der VPOD-Kollege unterschrieb in seiner Verzweiflung ein Formular, in dem er den Vorwurf des ungenügenden Abstands unterschriftlich anerkannte, in der Hoffnung, er erhalte so den Fahrausweis zurück und könne sofort weiterfahren.

Billett weg?

Vorsorglich informierte W. die Gewerkschaft, die Rechtsschutz gewährte. Denn nun begann das Mahlwerk der Bürokratie seine Tätigkeit: Die Staatsanwaltschaft leitete ein Strafverfahren ein und das Strassenverkehrsamt ein Administrativmassnahmenverfahren über einen allfälligen Entzug des Führerausweises für einen Monat – für einen Berufschaffeur ist das eine scharfe Strafe.

Im Bus hatte eine Frontkamera das Geschehen aufgezeichnet. Doch W.s Arbeitgeberin war zunächst aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht bereit, die Videoaufzeichnungen an die VPOD-Vertrauensanwältin herauszugeben. Immerhin konnte sie aber mit jemandem sprechen, der die Aufnahmen gesichtet hatte. So erfuhr sie, dass der Vorwurf haltlos war: W. war nicht zu nahe ans Polizeiauto herangefahren. Bei der Staatsanwaltschaft beantragte sie nun, die Aufzeichnungen als Beweismittel heranzuziehen und den rapportierenden Polizisten sowie seine Kollegin als Zeugen zu ihren Wahrnehmungen zu befragen.

Wie die Anwältin zu Recht vermutete, erhielt der Buschauffeur drei Monate später die Verfügung über die Einstellung des Verfahrens. Die Staatsanwaltschaft stützte sich auf das Videomaterial. Darin war zu erkennen, dass W. auf einer Strecke von etwa

300 Metern bei einer Geschwindigkeit von 30 bis 40 km/h dem Patrouillenfahrzeug gefolgt war. Dabei betrug der geringste Abstand an einer Stelle – und nur für einen äusserst kurzen Zeitraum – etwa 11 Meter. Ansonsten hatte W. weitaus mehr Distanz gehalten – und sowieso mehr als die vom Polizisten behaupteten 2 bis 5 Meter. Keine Frage also: Die Einstellung des Strafverfahrens war völlig gerechtfertigt. Folgerichtig übernahm der Kanton auch die Verfahrenskosten.

Vor Fahrgästen blossgestellt

Die Geschichte ist aber noch nicht ganz zu Ende. Denn mit der Verfahrenseinstellung hat die zu Unrecht beschuldigte Person Anspruch auf eine Entschädigung, sofern sie durch das Strafverfahren wirtschaftliche Einbussen erlitten hat. Die Aufwendungen für die angemessene Ausübung der Verfahrensrechte sollen gedeckt sein. W.s Anwaltskosten gingen aus diesem Grund zum grossen Teil zu Lasten der Staatskasse; den Rest übernahm der VPOD.

Etwas anderes als die Entschädigung ist die Genugtuung, die einen immateriellen Schaden ausgleichen soll. Weil er vor seinen Fahrgästen durch die Polizei «in einer nicht gerechtfertigten und nicht adäquaten Weise behandelt» und «sein guter Ruf beim Arbeitgeber in Mitleidenschaft gezogen» worden sei, forderte W. auch eine Genugtuung. Doch eine Genugtuung wird nur ausgesprochen

«für besonders schwere Verletzungen der persönlichen Verhältnisse». Beide Gründe, die W. vorbrachte, bestritt die Staatsanwaltschaft. Damit war der langjährige und erfahrene Buschauffeur W. zwar nicht wirklich zufrieden, aber er war dem VPOD für die Unterstützung in seinem Rechtsschutzfall trotzdem dankbar.

In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtshilfeabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.

Moderne Form von Sklaverei in kambodschanischen Ziegelbrennereien

Kinder in Schuldknechtschaft

Laurie Parsons von der Royal Holloway University of London hat Kinderarbeit in kambodschanischen Backsteinbrennereien untersucht. Es handelt sich um eine moderne Form von Sklaverei. Wie kann man diese Ausbeutung beenden? | Interview: Bernhard Herold (Fotos: Thomas Cristofolletti)

VPOD-Magazin: Ihre Studie im Auftrag der Solidar-Partnerorganisation BWTUC, der kambodschanischen Baugewerkschaft, belegt, dass dort Kinder in Backsteinbrennereien schufteten.

Laurie Parsons: Ja. Das liegt an der Schuldknechtschaft. Ihre Eltern sind meist ehemalige Bäuerinnen und Bauern, die von zunehmenden Fehlernten aufgrund des Klimawandels betroffen waren. Sie mussten sich verschulden und ihre Existenz aufgeben. So sind sie in die Fänge der Besitzer von Backsteinbetrieben geraten: Diese übernehmen die Schulden, aber im Gegenzug muss die ganze Familie in die Brennerei übersiedeln und dort unter unwürdigen Bedingungen arbeiten. Es handelt sich um nichts anderes als um eine moderne Form von Sklaverei.

Wie muss man sich die Arbeit in diesen Betrieben vorstellen?

Zuerst muss die Tonerde in eine Maschine gepresst werden, welche die Backsteine formt. Dies ist eine extrem gefährliche Handarbeit. Letztes Jahr wurde einem zwölfjährigen Mädchen dabei der Arm abgerissen. Dann werden die Ziegel zur Trocknung aufgeschichtet und anschliessend in einem 3 Meter hohen Ofen bei 1500 Grad gebrannt. Häufig werden die Backsteine aus den Öfen genommen, bevor sie richtig abgekühlt sind, und noch heiss auf Lastwagen geschichtet. Alle diese Schritte sind sehr arbeitsintensiv.

Und auch dabei werden Kinder beschäftigt?

Die Kinder helfen mit, damit in kürzerer Zeit mehr produziert werden kann. Denn die Bezahlung erfolgt pro Ziegel. Jede Familie arbeitet auf eigene Rechnung, sozusagen scheinbar selbstständig, darum müssen auch die Kinder schufteten, obwohl dies verboten ist.

Können sich die Familien mit diesem Einkommen von den Schulden befreien?

Für 10 000 Backsteine erhalten sie 5 bis 7 Dollar. Der Verkauf an die Baufirmen erfolgt zu einem Preis von 300 bis 600 Dollar pro 10 000 Stück. Die Gewinnmargen sind enorm. Mit dieser viel zu tiefen Bezahlung ist

es für die Arbeiterinnen und Arbeiter fast unmöglich, ihre Schulden jemals zu begleichen. Im Gegenteil: Meist nimmt die Verschuldung weiter zu, weil die Menschen durch die ungesunde Arbeit krank werden und die Arztkosten selbst übernehmen müssen. Die Kinder und ihre Eltern sind wegen der hohen Temperaturen chronisch dehydriert, und die Luft ist voller Staub und Asche.

Welche Massnahmen braucht es, um aus diesem Teufelskreis herauszukommen?

Die Familien müssen mindestens den doppelten Betrag für ihre Arbeit erhalten. Weiter muss sich die Regierung stärker für die Sicherheit und Gesundheit der Arbeiterinnen und Arbeiter engagieren, und es braucht Sensibilisierung auf Seiten der Abnehmer und der Investorinnen.

Die Kinderarbeit dürfte damit nicht einfach verschwinden.

Wichtig ist es, auch bei den Ursachen anzusetzen, etwa mit besseren Bewässerungssystemen auf dem Land und leichter zugänglichen Mikrokrediten für derartige Investitionen. Es braucht eine Doppelstrategie: Einerseits müssen die Einkommen der Eltern erhöht werden, und andererseits muss man den Zugang der Kinder zu Bildung verbessern.

Welche Rolle kommt den Gewerkschaften zu?

Gewerkschaften wie die BWTUC helfen, indem sie die Beschäftigten über ihre Rechte aufklären. So werden die Menschen in die Lage versetzt, selbst für höhere Einkommen zu kämpfen, die es ihnen ermöglichen, sich aus der Schuldknechtschaft zu befreien.

In den Ziegelbrennereien Kambodschas arbeiten auch Kinder. Ihre Eltern hoffen, sich damit aus der Schuldknechtschaft zu befreien.



Michael Jordi, Generalsekretär der Gesundheitsdirektorenkonferenz GDK, Bern

Der Föderalist

Die Gesundheitsdirektorenkonferenz ist eine wichtige Drehscheibe – in der Pandemie sowieso. Ihr Generalsekretär, VPOD-Kollege Michael Jordi, tut das Machbare, ohne das Wünschbare aus den Augen zu verlieren.

| Text: Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)

Zum Beispiel: Grundsätze guter Spitalplanung. Oder: Läuse an Schulen. Oder die Frage der Abgeltung von Leistungen der medizinischen Fusspflege durch ausgebildete Podologinnen und Podologen zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung. Die Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren GDK hat sich mit einem enorm breiten Spektrum von Themen zu befassen. In normalen Zeiten. Derzeit ist die Arbeit des Generalsekretärs, Kollege Michael Jordi, natürlich von der Pandemie bestimmt. Und auch diejenige seiner 24 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die, falls sie nicht gerade im Homeoffice sitzen, im Berner «Haus der Kantone» tätig sind.

An wichtiger Schaltstelle
des Gesundheitswesens:
Michael Jordi.



Corona ändert alles

In der Schweiz liegt ja vieles von dem, was man anderswo zentral regelt, in kantonalen Hoheit. Das Bildungs- und das Sozialwesen gibt es in 26 Versionen. Auch die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung ist primär eine kantonale Aufgabe. Michael Jordi wäre fehl an seinem Platz, wenn er den Föderalismus nicht guten Gewissens loben könnte. Aber natürlich ergeben sich aus der Tatsache, dass man mit Empfehlungen arbeitet und nicht mit Direktiven, auch einige Probleme. Weitere entstehen aus dem ungleichen Zuschnitt der Einheiten: Zürich ist fast 100-mal so gross wie Appenzell-Innerrhoden.

Michael Jordi setzt sich für einen koordinierten Föderalismus ein, der die Praxiserfahrungen der einzelnen Kantone austauscht und bündelt. Käme es besser, wenn der Bund zum Beispiel die Spitalplanung in die Hand nähme? Mehr als fraglich, sagt Jordi; zentralistisch organisierte Länder seien nicht besser aufgestellt als die typisch föderalistischen. Natürlich bietet Corona auch zu derartigen Fragen reichlich Illustration. Mit der Ausrufung der «ausserordentlichen Lage» zog der Bund im März die Notbremse und alle Kompetenzen an sich. In der «besonderen Lage» ist wieder weniger eindeutig, in wessen Feld

der Ball eigentlich liegt. Die GDK ist gerade in dieser Situation eine zentrale Plattform. Sie klärt Vollzugsfragen. Und nötigenfalls stупft sie den Bundesrat zum Handeln an. So geschehen Ende Oktober.

Schon wieder sind wir bei der Pandemie gelandet. Michael Jordis Arbeit hat sich durch sie extrem verändert. Und vor allem vervielfacht. Kaum eine Frage rund um Covid, die nicht auch die Gesundheitsdirektionen beschäftigt. Der Umgang mit Medien, die nach Konflikten und Missständen gieren, kommt noch obendrauf. Die Arbeitslast explodierte just zu dem Zeitpunkt, in dem Jordis Lebensgefährtin Regula Rytz das Parteipräsidium der Grünen abgab. Noch im Herbst war sie die Überbeanspruchte von den beiden; es schien gar ihr Einzug in den Bundesrat möglich. Heute winkt Michael Jordi ab: Dass er dereinst überlegen müsste, was man zum Damenprogramm mit Mrs. Biden und Mme Macron anzieht, hält er für eher unwahrscheinlich.

Soziale Erdung

Auch wenn Kollege Jordi als Generalsekretär sehr unterschiedlichen Herrinnen und Herren dienen muss: Eine politische Windfahne ist er

deswegen nicht. Prägend sei seine Kindheit gewesen, erzählt er. Wer im Pestalozzi-Kinderdorf Trogen aufwächst und dann in Nepal als fast einziges weisses Kind in eine von Jesuiten geführte Schule geht, bekommt eine starke soziale Erdung mit auf den Weg und einen Horizont, der nicht an Landesgrenzen oder am Berner Alpenpanorama endet.

In welche Richtung sich das Schweizer Gesundheitswesen seiner Ansicht nach entwickeln sollte, sagt der Kollege offen: Es muss sozialer werden. Den Zugang zur Versorgung hält er für gut, dass aber ein so grosser Anteil über Kopfprämien finanziert wird, findet er problematisch. Für Jordi ist zudem klar, dass das nichtärztliche Personal finanziell und bezüglich seiner Arbeitsbedingungen bessergestellt werden muss. Sonst lässt sich die angespannte Fachkräftesituation nicht verbessern. Als ehemaliger VPOD-Sekretär weiss er aber: Vom Himmel fällt rein gar nichts. Man muss schon feste Druck machen (wie zu seiner Zeit mit der Kampagne «Zäme geit's!», die im Kanton Bern Nacht- und Sonntagszuschläge erstritt), um in dem komplizierten Räderwerk etwas zu bewegen. Stimmt! Post vom VPOD an die GDK ist schon unterwegs.

Was verbindet Sie mit Ihrer Bank?

Geld. Und was Ihre Bank damit macht. Gesellschaftliche Verantwortung ist uns wichtig: Lohngleichheit oder Vereinbarkeit von Arbeit und Familie gehören genauso dazu wie unser Engagement gegen Krebs. Der VPOD und die Bank Cler, das passt – deshalb sind wir seit vielen Jahren Partner. Davon profitieren auch Sie – ob Zahlen und Sparen, Anlegen, Hypotheken oder Finanzplanung: cler.ch/vpod



Zeit, über Geld zu reden.

Bank
Banque
Banca

CLER

AZB Postfach, 8036 Zürich

VPOD Bildungspolitik Nr. 219 ist soeben erschienen



Der Schwerpunkt der neuen Ausgabe der VPOD Bildungspolitik widmet sich dem Thema «Schulleitungen und demokratische Mitsprache: Welche Führung wollen wir?»

VPOD Bildungspolitik

Seit über 40 Jahren die kritische gewerkschaftliche Zeitschrift in der Bildungspolitik.

Ein Jahresabonnement umfasst 5 Ausgaben und kostet 40 Franken.

Kontakt und weitere Informationen unter:

redaktion@vpod-bildungspolitik.ch
www.vpod-bildungspolitik.ch
VPOD Bildungspolitik, Postfach, 8036 Zürich

Impressum

Herausgeber: VPOD

Generalsekretär: Stefan Giger

Redaktion: Christoph Schlatter | *sl*

Sekretariat: Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich
Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
Fax 044 266 52 53
redaktion@vpod-ssp.ch
www.vpod.ch

Erscheint 10-mal pro Jahr

Satz, Druck und Spedition:
Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: rund 20000 Exemplare

Anzeigenregie:
VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich
Postfach, Telefon 044 266 52 52
Fax 044 266 52 53
hilde.bigler@vpod-ssp.ch

Platzvorschriften unverbindlich

